

Stenographisches Protokoll.

61. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode.

Freitag, 12. Oktober 1928.

Inhalt.

Verhandlung: Fortsetzung der ersten Lesung der Regierungsvorlage, betr. die Mietengesetznovelle (B. 192) — Dr. Eisler (1813), Pölzer (1836), Dr. Waber (1839) — Antrag Fink auf Wahl eines 26gliedrigen Wohnungsausschusses (1839).

Ausschüsse: Wahl Dr. Hofner als Mitglied und Hauers und Mahrhofer als Ersatzmänner des Unvereinbarkeitsausschusses an Stelle Dr. Migner, beziehungsweise Dr. Kneußl und Dr. Wais (1839).

Verteilt wurde:

Regierungsvorlage B. 219.

Präsident **Mittas** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. vorm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 10. Oktober als genehmigt.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen, das ist die Fortsetzung der ersten Lesung der Regierungsvorlage, betr. die Mietengesetznovelle (B. 192).

Dr. Eisler: Hohes Haus! Ein Rückblick auf die Debatte, die im Rahmen der ersten Lesung der Mietengesetznovelle in diesem Hause stattgefunden hat, wird wohl alle diejenigen, die von dieser Debatte eine Klärung der Probleme, um die es sich handelt, eine ernste Bemühung um neue Wege erwartet haben, mehr als enttäuschen. Tiefer konnte das Niveau, das die bürgerlichen Parteien dieses Hauses der Erörterung des Gegenstandes gegeben haben, gar nicht sinken, als es im Laufe dieser Debatte der Fall war. Der Beratung der Mietengesetznovelle in diesem hohen Hause ist eine Erörterung auf dem sozialdemokratischen Parteitage vorausgegangen, die nicht etwa nur auf die unmittelbaren Teilnehmer, sondern auch auf Außenstehende, auch auf unsere Gegner, den Eindruck eines ernstesten Ringens mit der Sache, eines ernstesten Ringens um eine der Gesamtheit dienende Lösung gemacht hat. Der Erörterung im hohen Hause sind auch vielfache Bemühungen außerhalb des Hauses vorausgegangen, die Dinge aufzuklären, Vorschläge zu machen und zur Lösung mitzuhelfen. Die ganze Öffentlichkeit hat begreiflicherweise erwartet, in dieser Debatte, in der es sich doch um einen Gegenstand handelt, der das öffentliche Leben der Republik seit Jahren beschäftigt und der zu den entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragen der Republik gehört, werde von seiten der bürgerlichen Parteien endlich mit Ernst, mit Ver-

antwortungsgefühl nach einer Lösung gesucht und das gesagt werden wird, was allenfalls als Grundlage für die weitere Behandlung der Probleme, die mit dem Mietengesetz zusammenhängen, dienen kann.

In Wirklichkeit haben wir von Ihrer Seite nichts anderes gehört als die unaufhörliche Forderung: Die Hausbesitzer müssen etwas bekommen. Und da die ewige Wiederholung dieses Refrains, die vollständige Ablehnung jeder ernstesten Erörterung der großen wohnungspolitischen Fragen auf die Dauer nicht genügt hat, kam gestern nach dem tragischen Zusammenbruch Ihrer ganzen wohnungspolitischen Weisheit der Bajazzo auf den Plan, die heitere Person, und hat diese Debatte, die ohnedies durch die Art, wie Sie sie geführt haben, auf einem erbärmlichen Niveau war, zu einem Schauspiel gemacht, das wirklich an das Schlimmste erinnert, was je in einem Parlament vorgekommen ist. *(Zwischenrufe.)*

Ich werde, hohes Haus, so sehr ich überzeugt bin, daß das, was der Herr Abg. Doppler hier gestern zum besten gegeben hat, mit dem Gegenstand, der uns hier beschäftigt, in gar keinem Zusammenhang steht, es nicht unterlassen, Ihnen Gelegenheit zu geben, sich von der Wahrheitsliebe dieses Herrn so gründlich zu überzeugen, daß auch Sie nicht länger in Zweifel darüber sein werden, wieviel Wahrheit er gestern hier erzählt hat. Aber nicht das ist es, was an seiner Darstellung festgestellt werden muß, die Tatsache, daß er hier eine solche Fülle von Unwahrheiten unter dem Beifall seiner Parteigenossen zum besten geben konnte, Herren, von denen ein großer Teil genau weiß, wie unwahr das alles ist, nicht das ist das Bemerkenswerte, sondern bemerkenswert ist, daß auf bürgerlicher Seite, auf der Seite, der es angeblich um die Lösung des Mietenproblems so ernst ist, die angeblich in der Lösung des Mietenproblems eine der dringendsten Aufgaben der Republik sieht, der die Sache so dringend ist, daß einmal der ganzen Demokratie in Österreich der Krieg angekündigt wurde, daß ein Bürgerkrieg eines der Mittel sein sollte, um eine Lösung des Mietenproblems herbeizuführen, daß diesen bürgerlichen Parteien der Mißbrauch dieser Debatte zur Erörterung der Schmerzen des Herrn Doppler und seiner Protektionskinder genügend wichtig erscheint, um alles andere zu übersehen.

Hohes Haus! Ich wiederhole, es macht uns kein Vergnügen, die Zeit, die vor allem der Besprechung der Mietengesetznovelle und der Folgen, die sie haben kann, ihrer wirtschaftlichen Bedeutung dienen soll, solchen Erörterungen zu widmen, aber ich kann es mir doch nicht versagen, in einer kurzen Darstellung zu zeigen — und das soll so rasch und so schmerzlos als möglich geschehen —, was sich ein Abgeordneter der Mehrheitsparteien in diesem hohen Hause leisten kann, wenn es gilt, nicht nur der sozialdemokratischen Partei, sondern vor allem der verhassten Gemeinde Wien irgendeinen Schimpf anzutun.

Der Herr Abg. Doppler hat gestern für sich zunächst in dem Sinne plädiert, daß er sich als einen Mann hingestellt hat, der von den Dingen, um die es sich handelt, nichts versteht. Das ist die alte Methode, aus der Not eine Tugend zu machen. Die Herren haben es ja allmählich dazu gebracht, daß man die Unkenntnis der Dinge, über die man spricht oder an deren Verwaltung man teilnimmt, als eine Voraussetzung bürgerlicher Verwaltungskunst auffaßt. *(Zustimmung.)* Wir haben infolgedessen keinen Grund, dem Herrn Abg. Doppler nicht zu glauben, daß er von den Dingen keine Ahnung hat, von denen er hier redet. Er hat gemeint, daß er sich auf den gesunden Menschenverstand zurückzieht und daß der gesunde Menschenverstand die Richtschnur ist, nach der er Mietenfragen zu behandeln pflegt. Ich habe gar keinen Grund, an der Gesundheit des Menschenverstandes des Herrn Abg. Doppler zu zweifeln, ich habe wenigstens aus den Belegen, die mir zur Verfügung gestellt worden sind, entnehmen können, daß er mit einer Beharrlichkeit, die schon sehr gesund ist, seine Protektionskinder, die er in den städtischen Wohnungen unterbringen will, dem städtischen Wohnungsreferenten aufzudrängen sich bemüht. Aber das ist noch keine Legitimation zu irgendeiner Rundgebung über die österreichische Wohnungspolitik. Der Herr Abg. Doppler hat uns infolgedessen auch das Geheimnis, wie er sich die Lösung der Frage vorstellt, nicht verraten, sondern uns längere Zeit damit vergnügt, uns seine angeblichen Erlebnisse in der Wohnungsverwaltung der Gemeinde Wien zu erzählen. Wenn die Herren Historiker werden, wenn sie Geschichtserzähler sein wollen und statt dessen Geschichten-erzähler sind, dann muß man sie mit besonderem Mißtrauen behandeln.

Der Herr Abg. Doppler hat uns nun gesagt, nach dem Zusammenbruch sei ein Idyll in Wien eingetreten, da seien Arbeiterräte in Wohnungen gegangen, hätten die Leute aus ihren Wohnungen hinausgeschmissen und andere, die ihnen gepaßt hätten, in diese Wohnungen hineingesetzt. Das ist in der Darstellung dieses Historikers der Beginn der Wiener Wohnungsbewirtschaftung. Da der Herr

Abg. Doppler in dieser Phase seiner Darstellung konkrete Tatsachen anzuführen unterlassen hat, muß ich mich mit der Widerlegung gedulden, bis er uns die Namen derjenigen, die von Arbeiterräten auf diese Weise delogiert wurden, sowie die Wohnungen, um die es sich gehandelt hat, bekanntgibt, denn es wäre für die Weltgeschichte und die Geschichte unserer Republik ein ungeheurer Verlust, wenn er diese Kenntnisse für sich behalten und einer weiteren Öffentlichkeit vorenthalten würde. *(Doppler: Fragen Sie den Arbeiterrat Winterstein!)* Ich frage lieber den Herrn Abg. Doppler, weil nicht der Herr Winterstein, sondern der Herr Abg. Doppler gestern solche Behauptungen in diesem hohen Hause zum besten gegeben hat. *(Doppler: Ich verrate Ihnen ja die Quelle!)* Wir werden uns gedulden, wir haben Geduld, und Sie werden, wie ich voraussetze, nicht zögern, uns diese Fälle mitzuteilen.

In Wirklichkeit haben die Dinge natürlich ganz anders ausgesehen. In Wirklichkeit sind nach dem Kriege zehntausende Wohnungslose in alle Orte Österreichs, vor allem aber nach Wien, zurückgekommen, und zwar waren sie wohnungslos, weil entweder ihre Angehörigen infolge ihrer grenzenlosen Not die Wohnungen, die sie hatten, nicht erhalten konnten oder weil es sich um Leute gehandelt hat, die während des Krieges geheiratet hatten, nach dem Kriege zurückkamen und für ihren neu gegründeten Hausstand keine Wohnungen hatten. Für diese Leute war vorzuzorgen, und da hat sich nun sofort die Eignung des privaten Hauseigentümers zur Beseitigung solcher Notstände in einer geradezu wunderbaren Weise gezeigt. Mit dem Kriegsende hat ein Wohnungswucher begonnen, der beispiellos war, und es wäre sehr dankenswert, wenn der Herr Abg. Doppler, der derzeit auf seine Unkenntnis der Dinge so stolz ist, seine Eignung zum Kritiker der Wohnungsverhältnisse damit beginnen würde, daß er — ich folge ganz der historischen Darstellung, die er gegeben hat — sich zunächst darüber informiert, wie es den Wohnungslosen gegangen ist, die nach dem Kriege nach Wien zurückgekommen sind, und was die privaten Hauseigentümer, was das private Hauskapital in Wien und außerhalb Wiens in allen österreichischen Orten dazu beigetragen hat, um den Leuten zu einer Wohnung zu verhelfen. Der Herr Abg. Doppler hat uns gestern, allerdings ohne Nennung von Daten, eine Lesebuchgeschichte von Hausbesitzern erzählt, die während des Krieges freiwillig die Mietzinse herabgesetzt haben. Ich bin nicht in der Lage, Beiträge zu solchen Lesebüchern zu liefern, aber ich könnte Ihnen aus meiner anwaltlichen Praxis erzählen, mit welcher Rücksichtslosigkeit Hauseigentümer gleich zu Beginn des Krieges begonnen haben, Familien eingerückter Soldaten auf die Straße zu stellen. *(So ist es! — Zwischenrufe.)* Ich könnte daran

erinnern, daß einer der ersten Aufschreie der Familien der Eingerückten der Ruf nach einem behördlichen Schutz gegen solche Kündigungen war. Ich könnte Ihnen manches erzählen — und fragen Sie da nicht mich, fragen Sie sämtliche Anwälte in Österreich, fragen Sie tausende nicht Rechtskundige, die damals für die Familien Eingerückter, denen die Wohnungen gekündigt wurden, von den Gerichten als Kuratoren bestellt waren, und ich bin überzeugt, in Ihren eigenen Reihen werden Herren sitzen, die damals solche Funktionen übernehmen und sich solcher Familien annehmen mußten. Die werden Ihnen erzählen, was das Privatkapital, das Grundkapital in der Zeit, da es noch keinen Mieterschutz gegeben hat, in der Zeit, da es sich noch frei bewegen konnte, an Menschlichkeit, an Rücksicht auf diejenigen, die an der Front gestanden sind, aufgebracht hat.

Die Maßnahmen, die damals gegen Kündigungen getroffen wurden und die schließlich in der Form der ersten Mieterschutzverordnung ihren Niederschlag gefunden haben, waren damals nicht sozialistisch und nicht bolschewistisch, sondern es waren einfach Abwehrmaßnahmen gegen den Mißbrauch des Privatkapitals durch die Hauseigentümer, gar nichts anderes. *(Beifall und Händeklatschen.)* Und wenn der Herr Abg. Doppler ein bißchen belehrbar wäre — es wäre kein Unglück, wenn er es nicht ist, aber wenn er belehrbar wäre: vielleicht ist der Herr Justizminister so freundlich, ihm einmal die Akten über die Beratungen im Justizministerium, die der Erlassung der ersten Mieterschutzverordnung vorausgegangen sind, zur Verfügung zu stellen. *(Doppler: Über die habe ich ja gar nicht gesprochen!)* Ich spreche aber darüber. Sie sehen, ich will, daß Ihre Bildung sich von Anfang an gründlich entwickelt. *(Doppler: Sie reden von etwas anderem!)* Haben Sie ein bißchen Geduld, ich werde Ihnen nichts schuldig bleiben. *(Doppler: Mit Ihrer Überheblichkeit werden Sie nicht weit kommen!)* Was Ihnen gebührt, werde ich Ihnen sagen. Ich werde Ihnen nichts schuldig bleiben. *(Spalowsky: Sie reden doch nicht vor sozialistisch dressierten Geschworenen! Denen können Sie solche Mätzchen erzählen!)* Schauen Sie, Herr Spalowsky, wenn Ihnen das nicht gefällt, ich zwingen Sie nicht, zuzuhören. Mir gefällt es nicht, wenn man zum Beispiel Streikbrecher vermittelt, ich kann auch daran nichts ändern. *(Zwischenrufe.)* Das Streikbrechervermitteln ist weniger sympathisch als das, was ich hier vorbringe. *(Zwischenrufe. — Ruf: Pfui!)*

Präsident: Aber ich bitte, das sind doch keine parlamentarischen Ausdrücke!

Dr. Gisler: Es wäre sehr nützlich, ich wiederhole es, wenn nicht nur der Herr Abg. Doppler, sondern meinetwegen auch die Herren in seiner Umgebung aus der Vorgeschichte der ersten Mieter-

schutzverordnung sich die Überzeugung von der Tatsache verschaffen würden, die aktenmäßig festgelegt ist, daß an der Vorbereitung dieser Mieterschutzverordnung Sozialdemokraten überhaupt nicht teilgenommen haben, weil sie daran gar nicht teilnehmen konnten, sondern daß ausschließlich bürgerliche Funktionäre, Funktionäre der öffentlichen Verwaltung, Politiker, gezwungen waren, trotzdem auch sie den Eingriff, den man damit in das Privateigentum der Hauseigentümer beging, deutlich erkannt haben, diese Verordnung zu erlassen, wenn sie nicht die Mieter der Ausbeutung durch das private Grundkapital, die infolge der Wohnungsnot maßlos gesteigert wurde, ganz ohne Schutz ausliefern wollten.

Als nun nach dem Kriege zehntausende Wohnungslose zurückkamen, gab es überhaupt nur eine einzige Stelle, die sich ihrer angenommen und die sich wenigstens bemüht hat, diesen Notstand zu bannen. Das war in Wien das kommunale Wohnungsamt, das waren in den Städten draußen jene lokalen Einrichtungen, die dem Wiener kommunalen Wohnungsamt entsprachen. Und wenn Sie einen Funken von Wahrheitsliebe in sich hätten, müßten Sie zugeben, daß trotz dieses grauenhaften Notstandes, der so entsetzlich war, daß er alle öffentliche Ordnung zu zerstören drohte, diese Stellen in ganz kurzer Zeit — nicht etwa die Wohnungsnot beseitigten — aber doch in solche Formen brachten, daß nicht eine Zerstörung der ganzen öffentlichen Ordnung erfolgt ist. Und wenn Sie heute die Arbeiterräte, die insbesondere mitgeholfen haben, beschimpfen — ich werde nicht leugnen, daß darunter mancher Narr und mancher wenig Verantwortungsvolle war —, dann sind wir um so mehr verpflichtet, festzustellen, daß damals Tausende und aber Tausende braver Arbeiterräte Tag und Nacht bemüht waren, die Anarchie von dieser Republik abzuwehren. *(Lebhafter Beifall.)* In einer Zeit, in der die meisten von Ihnen in Mauslöcher verfrachtet waren *(Beifall)*, haben Tausende von Arbeiterräten sich Tag und Nacht bemüht ... *(Doppler: Ihre Parteigeschäfte zu besorgen!)* Schauen Sie, ich könnte Ihnen auf den Zwischenruf eine sehr kräftige Antwort geben. *(Doppler: Sie sind Ihnen ja mit der Zeit zuwider geworden. — Zwischenrufe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe!

Dr. Gisler: Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich Ihre Zwischenrufe mit der größten Ruhe anhören und beantworten werde, ohne Rücksicht auf den geistigen Inhalt, den sie haben, ich werde etwas mehr Zeit brauchen, um meinen Gedankengang zu entwickeln. Geduld habe ich.

Nun, hohes Haus, man kann gar nicht oft genug feststellen, wie sehr die Geschichte jener Zeit, wie sehr die Menschen, die damals eine improvisierte Arbeit machen mußten, weil die normalen Einrich-

tungen des Staates zusammengebrochen waren und zu funktionieren aufgehört hatten, wie sehr die Menschen jener Zeit Opferwilligkeit, Selbstlosigkeit, die Bereitwilligkeit, jede Gefahr und jede Mühe auf sich zu nehmen, gebraucht haben, um das zu leisten. Damals hat es noch gar keine parteipolitischen Geschäfte gegeben, die man machen konnte. Ich habe nicht an den Dingen in Wien teilgenommen, aber ich habe selbst an der Bewältigung dieser Schwierigkeiten in Graz teilgenommen. Fragen Sie Ihre eigenen Parteigenossen, ob wir damals an einen parteipolitischen Vorteil gedacht, ob wir uns nicht vielmehr bemüht haben, bei jeder Gelegenheit den anderen Parteien die Möglichkeit zu geben, mitzuwirken, dabei zu sein, ob wir nicht geflissentlich vermieden haben, anders als im Einvernehmen, in gemeinsamer Arbeit mit den anderen den Schwierigkeiten beizukommen. Daß die Arbeit der anderen nicht immer zur Verfügung stand, daß eine Tätigkeit, wie sie damals zu leisten war, den anderen nicht immer zugesagt hat, daß man sie damals neidlos uns überließ, um nachträglich die, die sie besorgt haben, zu beschimpfen — nun das ist nur eine historische Feststellung. Wir sind darüber nicht böse, denn das gebe ich Ihnen zu, wir haben auch damals nichts getan, um uns Ihren Dank zu verdienen. *(Zustimmung.)* Aber die Wahrheit soll nicht unterdrückt werden.

Und erinnern Sie sich an das, was dem Wohnungsanforderungsgesetz vorausgegangen ist. Es wäre gut, wenn da die Herren von der rechten Seite, statt sich solche Geschichten anzuhören, wie sie gestern hier erzählt wurden, einmal ihr Gedächtnis prüfen und sich an das Bild dieses hohen Hauses am 7. Dezember des Jahres 1922 erinnern wollten und an die Monate, die diesem Tag vorausgegangen sind. Heute wird die Sache so dargestellt, als wenn dieses Mietengesetz ein bolschewistischer Erzeß gewesen wäre, als wenn wir eine Verantwortung dafür hätten. Das Anforderungsgesetz wurde uns gestern als etwas dargestellt, was an die Zustände erinnert, die ungefähr in Schauerromanen aus dem Zeitalter Neros zum besten gegeben werden. In Wirklichkeit sind das Gesetze, die in dem Ausschusse, in dem sie vorbereitet wurden, einstimmig angenommen worden waren, Gesetze, die in diesem hohen Hause einstimmig — ich muß eine Einschränkung machen: ich glaube, es gab damals im Hause vier oder fünf Landbändler, die bei der Abstimmung hinausgegangen sind, sonst wurden diese Gesetze hier einstimmig beschlossen — beschlossen wurden, zu einer Zeit, in der die Krone seit Monaten stabilisiert war, in der man über die Bedeutung von Mieterschutz, über die Bedeutung von Wohnungsanforderung vollständig im klaren war. *(Doppler: Nur haben Sie das Gesetz dann mißbraucht!)* Nur Geduld! Nur Geduld! Ich werde Ihnen gleich sagen,

wie man ein Gesetz zu mißbrauchen sich bemüht. Es gelingt nur nicht immer. Das ist die Wahrheit. Und wenn Sie nachträglich anderer Meinung geworden sind, nun wir wissen, wie das gekommen ist; und wenn Sie heute von der Wahrnehmung parteipolitischer Vorteile reden, Ihre damalige bessere Meinung hat der heutigen Meinung, die gar keine ist, für die Sie gar keine Begründung anführen können, für die Sie eben nur Beschimpfungen der Gemeinde Wien als Argument vorbringen können, Platz gemacht, weil Sie glaubten, sich damit parteipolitische Vorteile verschaffen zu können, weil Sie begonnen haben, dem Hausbesitz nachzulaufen, weil Sie Ihre zärtlichen Beziehungen zum großen Kapital verstärkt und kommerzialisiert haben und weil Sie infolgedessen natürlich auf dem Standpunkt, auf dem Sie am 7. Dezember 1922 standen, nicht mehr stehen können. Aber das ändert nichts daran, daß das Anforderungsgesetz zu jener Zeit, als es erlassen wurde, von allen, die daran mitwirkten, es zu beschließen, als eine Unerläßlichkeit betrachtet wurde, weil man damals fest überzeugt war, solange es eine Wohnungsnot gibt, kann man die Verfügung über freie Wohnungen nicht der Willkür von ein paar Kapitalisten überlassen, da muß die Gesamtheit das Recht haben, darüber zu verfügen und der ärgsten Not abzuhelfen.

Das war der einzige Sinn des Anforderungsgesetzes. Und wie ist es nun gehandhabt worden? Der Herr Abg. Doppler hat uns auch da einen Zustand geschildert, wie er nur in Dopplerischen Märchen vorkommt. Er hat uns erzählt, in Wien sei es so gewesen, daß in die Wohnungskommissionen die Leute kamen, die ihnen angehörten, vorher hatte aber der Referent schon alles beschlossen, und in der Wohnungskommission konnte man auf die Dinge keinen Einfluß mehr nehmen. Er hat uns aber auch über die Vorbereitung ganz eigentümliche Dinge erzählt. Es habe da ein Punktesystem gegeben, dieses Punktesystem habe im Effekt nur dazu geführt, daß, wie er behauptet, Sozialdemokraten Wohnungen erhielten und Christlichsoziale keine Wohnungen erhielten. *(Doppler: Ich habe behauptet, auch Christlichsoziale!)* Genau das haben Sie gesagt. *(Doppler: Das haben Sie behauptet! Ich habe gesagt, auch Christlichsoziale!)* Auch Christlichsoziale sagen Sie? *(Doppler: Das habe ich auch schon gestern gesagt!)* Nun, dann sind Sie ja immerhin schon um ein Schrittchen der Wahrheit nähergekommen, vielleicht sind Sie noch besserungsfähig.

Was ist in Wien in Wirklichkeit geschehen? Da muß man, um die ganze Größe des Wiener Systems in bezug auf seine Gerechtigkeit, auf seine Garantien für wirklich gerechte Entscheidungen beurteilen zu können, das System kennen, das außerhalb Wiens gehandhabt wurde, da mußte man wirklich die Gelegenheit haben, die Wohnungsverwaltung draußen,

wo die Parteigenossen des Herrn Doppler über frei werdende Wohnungen zu verfügen hatten, kennenzulernen. Da hat es natürlich Systeme ganz anderer Art gegeben. Das Anforderungsgesetz selbst hat einen sehr unzulänglichen Rahmen geschaffen. Die Rechtsgarantien des Anforderungsgesetzes waren gleich Null, und ein subjektives Recht des Wohnungsuchenden hat es nach dem Anforderungsgesetz überhaupt nicht gegeben, das war ein Gebiet, das dem Ermessen überlassen war. Die Parteigenossen des Herrn Doppler haben das in der Weise gemacht, daß sie die Wohnungen fast ausnahmslos nicht etwa nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten besetzt, also Christlichsozialen zugewiesen haben, so weit haben sie den Kreis gar nicht gezogen, sondern sie haben sie ihren persönlichen Freunden zugewiesen. (*So ist es!*) Da gab es eine sehr einfache Methode. Ich würde dem Herrn Abg. Doppler empfehlen, sich zum Beispiel die Geschichte des Anforderungsgesetzes in sämtlichen bürgerlich verwalteten Gemeinden Steiermarks darstellen zu lassen, alle Fälle von Wohnungsanforderungen und Wohnungszuweisungen, und er wird sehen, wie einfach dort die Sache war. Da hat man keine Punkte gebraucht, da hat man keine Erhebungen gebraucht, da hat man nicht einmal viele Kommissionen gebraucht, sondern da hat man demjenigen, mit dem man gut befreundet war, auf die einfachste Weise die Wohnung verschafft, und man hat sie in der Regel nur dem angefordert, mit dem man nicht gut befreundet war. Das war tatsächlich die Praxis des Anforderungsgesetzes. Und wenn Herr Doppler die sozialdemokratischen Zeitungen und die Erörterungen über diese Sache aus der Zeit der Geltung des Anforderungsgesetzes hernimmt, so wird er sehen, daß wir uns jahrelang immer wieder über diese Zustände beschwert haben und daß das der Gegenstand ununterbrochener Klagen war. Wir haben daraus freilich nicht die Konsequenz gezogen, daß der Gedanke, man müsse der Öffentlichkeit die Verfügung über die freien Wohnungen geben, um Wohnungslose unterzubringen, schlecht sei, sondern wir haben uns daraus nur die Überzeugung verschafft, daß das Gesetz in seiner Feststellung den Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Wohnung, in seinen Bestimmungen über die Verwaltung der freien Wohnungen unzulänglich ist. Wenn die Herren nicht so vollständig an das Grund- und das Bankkapital verloren wären, daß sie die Einstellung des Anforderungsrechtes der öffentlichen Körperschaften ruhig eintreten ließen, dann hätte dieses Parlament ein Anforderungsgesetz machen oder das alte erneuern und in einer viel gründlicheren Weise für das Verfahren, für eine gerechte Verwaltung der freien Wohnungen vorsorgen müssen.

Das, was das Gesetz nicht getan hat, das, was in den christlichsozial verwalteten Gemeinden vollständig veräußert wurde, das ist nun in Wien aus

dem freien Entschluß der sozialdemokratischen Gemeindevvertretung entstanden. In Wien hat man ein Recht, ein subjektives Recht der Wohnungsuchenden auf frei werdende Wohnungen geschaffen. Da die Wohnungen nicht in gleicher Zahl zur Verfügung standen, als Wohnungsuchende da waren, mußte man natürlich eine Reihenfolge in der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses eintreten lassen, und man mußte zwischen dringenden und minder dringenden Fällen unterscheiden. Aber ich wiederhole, das Wunder, das da die Gemeinde Wien vollbracht hat und das nicht nur wegen der Art, wie es funktioniert hat, Beachtung verdient, sondern das eine ganz neue Lösung eines bisher fast unlösbaren Rechtsgedankens versucht hat, das sollte, wenn die Herren auch nur im geringsten Gerechtigkeitsgefühl und Interesse für Rechtsprobleme hätten, bei Ihnen nicht nur fleißig studiert, sondern fleißig nachgeahmt werden.

Auf einem Gebiete, auf dem jeder Gesetzgeber das schrankenlose Ermessen als allein maßgebend festgesetzt hätte, hat die Gemeinde Wien tatsächlich ein Rechtssystem aufgerichtet, hat sie es zuwege gebracht, daß hier in aller Öffentlichkeit die Klassifizierung vorgenommen, daß in aller Öffentlichkeit und mit der Möglichkeit des Betroffenen, sich zu beschweren und sein Recht durchzusetzen, die Grundlagen für seinen Anspruch festgelegt wurden. Das, was man das Punktesystem nennt, ist einer der nach meiner Meinung interessantesten Versuche, auf einem Gebiete, auf dem die Gefahr, Unrecht oder vermeintliches Unrecht zu tun, sehr groß sein mochte, das freie Ermessen durch sehr vernünftige, sehr gründlich überlegte Maßnahmen fast vollständig auszuschließen. Und worin bestand das? Ich habe vor mir diese Druckforten, die die Klassifikation der Wohnungsuchenden nach dem Punktesystem darstellen; es wird da genau festgestellt, was für Umstände bei der Klassifizierung der Wohnungsbedürftigen maßgebend sind. Das bleibt aber nicht Geheimnis der Verwaltungsbehörden, sondern diese Einreihung und das Maß, in dem die einzelnen Umstände, die bei der Wohnungszuweisung eine Rolle spielen, für den Wohnungsuchenden Geltung haben sollen, werden ihm in einem Bescheid mitgeteilt. Er kann dagegen Vorstellungen erheben, er kann sich beschweren, er kann erfahren, wo er in der Reihe eingelegt ist. Natürlich ist in dem Moment für Protektion gar kein Platz mehr, und da beginnt die christlichsoziale Unzufriedenheit mit dem System. (*Beifall und Händeklatschen.*) Verwalten ohne freies Ermessen — das geht über den christlichsozialen Horizont. Das heißt für einen sozialdemokratischen Verwalter, daß auch ein Christlichsozialer eine Wohnung bekommen muß. Und das würde ein Christlichsozialer nie zustande bringen, daß er auch einem Sozialdemokraten eine Wohnung gibt. Ein Verwaltungssystem, das zu solchen Konsequenzen führt, das vertragen Sie nicht. Sie

haben es nicht vertragen, weil es die Hintertüren versperrt.

Als ich gestern den Herrn Abg. Doppler so lebhaft ersucht habe, uns zu erzählen, was ihm der Stadtrat Weber auf seine eifrigen Bemühungen um christlichsoziale Protektionskinder mitzuteilen wußte, da hat er mir gesagt, ich müsse sehr viel wissen. Ich habe zunächst gar nichts gewußt. Aber ich habe aus der Darstellung des Herrn Abg. Doppler sofort erraten, wo ihn der Schuh drückt. *(Zustimmung.)* Das war nicht schwer zu erraten *(Heiterkeit)*, denn das System war mir bekannt, und wenn jemand mit dem System nicht zufrieden ist, so weiß man sicher, der braucht für Leute Wohnungen und kann die Leute in diese Klassen nicht hineinbringen. Ich habe mich infolgedessen sofort an den Herrn Stadtrat Weber mit der Anfrage gewendet, ob der Herr Abg. Doppler nicht vielleicht solche Schmerzen habe und das der Grund sei, warum er sich hier so bitter beklagt. Der Herr Abg. Doppler hat gestern gemeint, es sei ganz gut, wenn man mitteilt, was ihm Stadtrat Weber geschrieben hat. *(Doppler: Auch das, was ich ihm geschrieben habe!)* Ich werde dieser Aufforderung nicht ganz nachkommen. . . *(Doppler: Nicht ganz? Aha!)* Ich werde Ihnen gleich sagen, warum. Sie haben an den Herrn Stadtrat Weber 16 Briefe geschrieben. *(Doppler: Schon mehr auch!)* Hier ist von 16 die Rede, und ich glaube, es wäre doch. . . *(Doppler: Ist es verboten, dem Stadtrat Weber zu schreiben?)* Nein, ich werde Ihnen gleich sagen, was ich beanstande. Nicht die Zahl der Briefe, sondern den Gegenstand. *(Zwischenrufe.)* — *Doppler: Briefe für Menschen, die in Not sind!)* Ich werde Ihnen gleich sagen, wie das war, nur Geduld. Ich bin ein Freund ausführlicher Darstellungen, aber alle 16 Briefe hier zu verlesen — glauben Sie, hätte das einen Sinn? Ich kann ruhig zusammenfassend sagen, daß in all diesen 16 Briefen der Herr Stadtrat Doppler einzelne Wohnungssuchende anführt, von denen er selbstverständlich behauptet, daß sie besonders dringend Wohnungen brauchen, und vom Stadtrat Weber verlangt, ihnen so rasch als möglich Wohnungen zu geben. Und weil diese Bemühungen nicht sofort Erfolg haben, wird der Herr Abg. Doppler — und das sieht man in den Briefen, die ich durchzulesen mir die Mühe genommen habe — immer ungeduldiger und immer unhöflicher.

Natürlich glaube ich ohne weiteres, daß die Leute, die die Protektion des Herrn Doppler genossen haben, Wohnungen dringend gebraucht haben. Denn wer keine braucht, der bemüht sich nicht einmal um die Protektion eines Christlichsozialen, nehme ich an. Aber die Sache stand so, daß nicht jedem, der eine Wohnung gebraucht hat, sie gegeben werden konnte und gegeben werden kann, sondern daß einzig und allein das System, nach dem die Dringlichkeit fest-

gestellt wird, beobachtet werden muß, wenn nicht aus der sozialdemokratischen eine christlichsoziale Methode oder, um mich gelehrter auszudrücken, aus der Methode des Rechtsanspruches die Methode des freien Ermessens werden soll. Und da werde ich dem Herrn Doppler folgendes sagen: Zu uns kommen auch Leute, die genau so wie die Schützlinge des Herrn Doppler — ich nehme an, daß das alles wahr ist, was er uns erzählt hat — Kinder haben, keine Wohnungen haben, in Not sind, und verlangen von uns, daß wir auf den Stadtrat Weber Einfluß nehmen. Ich möchte den Herrn Doppler einladen, in mein Bureau oder in den sozialdemokratischen Abgeordnetenklub zu kommen, um zu sehen, wie groß die Zahl ist. Ja, wenn es selbst sehr befreundete, wenn es selbst politisch sehr sympathische Leute sind, so pflege ich — und ich glaube, ich folge da nur dem Beispiel meiner Parteigenossen — den Leuten zu sagen: Die Gemeinde Wien vergibt ihre Wohnungen nach einem System, das vielleicht in hunderten Fällen ein- oder zweimal zu Unbilligkeiten, zu Härten führt, aber wenn dieses System preisgegeben wird, so tritt Anarchie, Willkür ein, und infolgedessen mußt du dich diesem System fügen. Gäbe es eine öffentliche Wohnungsbewirtschaftung, dann wäre dir natürlich leichter zu helfen. Das ist unsere Art, die Dinge zu behandeln. *(Doppler: Bei Ihnen sorgen die Vertrauensmänner dafür!)* Wir sprechen noch von den Vertrauensmännern, nur Geduld, wir kommen zu allem. *(Dr. Bauer: Der Vertrauensmann hat dasselbe Recht wie jeder andere! — Doppler: Darum haben wir auch das Recht, nicht nur Sie!)* Gewiß hat ein christlichsozialer Abgeordneter auch das Recht, Protektion zu üben ist ja schließlich eine der bedeutungsvollsten Aufgaben für ihn. *(Doppler: Das ist keine Protektion, das ist Aufmerksammachen auf das Elend, das von Ihnen mit Füßen getreten wird!)* Herr Abg. Doppler, Sie werden nie verstehen, daß es eine Bekämpfung des Elends gibt, die gerecht ist, und daß es eine angebliche Bekämpfung des Elends gibt, die ein paar gute Freunde protegiert und die anderen auf die Gasse wirft. *(Lebhafter Beifall.)* — *Doppler: Das ist eine Verleumdung!)* Wenn Ihnen das Wohnungselend so wehtut, ich werde Ihnen schon sagen, was das Wohnungselend in Wien so entsetzlich gesteigert hat und warum Ihre Schützlinge keine Wohnungen bekommen können.

Nun, hohes Haus, das waren die Beschwerden des Herrn Abg. Doppler. Und was hat darauf der Stadtrat Weber getan? Die Mitteilungen des Herrn Stadtrates Weber an den Herrn Abg. Doppler sind vielleicht schon deshalb interessant, weil sie nicht einer fernen Vergangenheit angehören, sondern vom 28. August des heurigen Jahres herrühren. Er schreibt ihm *(liest)*:

„Ich bestätige den Empfang Ihrer 16 Briefe samt Beilagen vom 1. August d. J. und teile

Ihnen mit, daß ich dieselben wie alle früheren Schreiben zur Überprüfung, beziehungsweise Behandlung und, wenn nötig, Berichterstattung an mich an die städtische Wohnhäuserverwaltung weitergeleitet habe.

Bei der großen Zahl von Interventionen bin ich außerstande, jedes Schreiben selbst zu behandeln und mittels Schreibebriefes zu beantworten. Ich bin begreiflicherweise auch nicht in der Lage, über jeden einzelnen Fall langwierige Korrespondenzen zu führen.

In einem Ihrer 16 Briefe geben Sie der Meinung Ausdruck, daß es sich bei der Erledigung um Ansuchen durch die städtische Wohnhäuserverwaltung um Massenabweisungen handelt, weil gedruckte Karten statt geschriebener Briefe verwendet werden."

Ich möchte einfügen, daß diese Beschwerde auch gestern hier zum besten gegeben wurde. Die gleichmäßige Erledigung der Sachen durch einen gleichförmigen Bescheid ist dem Herrn Abg. Doppler als ein Gipfel des sozialdemokratischen Unrechts vorgekommen, weil gleiches Vorgehen gegen alle offenbar die Vorstellungen verletzt, die die Herren von einer gerechten Verwaltung haben.

Nun sagt Stadtrat Weber weiter (liest):

"Dazu habe ich zu bemerken:

Durch die städtische Wohnhäuserverwaltung wird jede Eingabe beantwortet. Selbstredend kann aber die Antwort, gleichgültig, ob das Gesuch aufrecht erledigt werden kann oder abgelehnt werden muß, wegen der Massenhaftigkeit nicht mit einem Schreibebrief, sondern nur mit vorgedruckten Erledigungen erfolgen. Jene Parteien, deren Gesuche aufrecht erledigt werden können, geben sich mit dieser Verständigung völlig zufrieden. Die anderen aber, deren Gesuche abgewiesen werden müssen, weil es unmöglich ist, ihnen eine Wohnung zu vermieten, sind auch mit geschriebenen Briefen nicht befriedigt. Im übrigen erfolgt in jenen Fällen, wo nach der Sachlage eine besondere Behandlung nötig ist, entweder eine mündliche Aufklärung oder eine schriftliche Begründung der Ablehnung.

Was Ihre Bemerkung anbelangt, daß Sie als Generalbefürworter die Gesuche Ihrer Richtung überreichen, teile ich Ihnen zu Ihrer Information mit, daß sehr viele Gemeinde- und Bezirksräte der christlichsozialen Partei bei der Wohnhäuserverwaltung ständig intervenieren und Gesuche befürworten. Vielfach erfolgen Interventionen sogar durch mehrere Funktionäre in der gleichen Sache. Sie werden wohl einsehen, daß es mir ganz einfach unmöglich ist, jedem zu antworten und eine besondere Erledigung zukommen zu lassen. Ich muß es aber" — und hier erbitte ich mir die Aufmerksamkeit des hohen Hauses — "auf das bestimmteste ablehnen, parteimäßige Interventionen entgegenzunehmen und Woh-

nungsuchende nach ihrer Parteizugehörigkeit einzuteilen." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Doppler: Das ist ein Dreh, das hat gar niemand verlangt!) Ich habe diesen Briefwechsel nicht provoziert. (Doppler: Er geniert mich auch nicht; er zeigt nur den Dreh, den Sie hier anwenden!) Wenn man Butter auf dem Kopfe hat, gehe man nicht in die Sonne! (Zwischenrufe.)

Es heißt hier weiter (liest):

"Ganz abgesehen davon, daß eine parteimäßig betriebene Sozialpolitik zu unmöglichen Ergebnissen führen müßte, kämen dabei alle jene Hilfesuchenden unter die Räder, die keiner Partei angehören." — Das ist die Zumutung, die Wohnungsgesuche nach dem Proporz zu erledigen. — "Für die Vermietung oder den Tausch einer Wohnung können allein nur die Bedürftigkeitsmerkmale, niemals aber die Parteizugehörigkeit entscheiden. Ebenso wenig kann für die Erledigung eines begründeten Ansuchens entscheidend sein, ob interveniert wurde. Da sich bei der Wohnhäuserverwaltung jedermann melden kann und jedes Ansuchen objektiv geprüft und, soweit die vorhandenen Wohnungen ausreichen, erfüllt wird, ist übrigens gar keine Intervention erforderlich. Wenn die Wohnhäuserverwaltung über Wohnungen nicht verfügt, nutzen auch die eindringlichsten Interventionen nichts.

Aber auch den Ton Ihrer Schreiben muß ich entschieden zurückweisen. Die Beamten der Wohnhäuserverwaltung geben sich redlich Mühe, wo immer es möglich ist, zu helfen. Daß sie dies nur können, soweit Wohnungen in den Neubauten der Gemeinde zur Verfügung stehen, ist klar. Daß der Wohnungstausch ungemein erschwert und vielfach überhaupt unmöglich ist, ist weder meine noch die Schuld der Beamten. Sie selbst, Herr Abgeordneter, haben mit dem Aufgebot aller Kräfte gegen das Wohnungsanforderungsgesetz gewirkt." (Lebhaftes Zustimmung und Händeklatschen.) "Es ist der Wohnungspolitik Ihrer Partei zuzuschreiben, daß die in den Privathäusern frei werdenden Wohnungen den dringend Wohnbedürftigen entzogen werden und mit ihnen ein schwunghafter Handel betrieben wird. Die Tatsache, daß die Gemeinde in Privathäusern durch Tausch frei werdende Wohnungen weder anzufordern noch zuzuweisen in der Lage ist, verhindert in 99 von 100 Fällen die Bewilligung eines an sich begründeten Wohnungstausches. Der Wohnhäuserverwaltung entgehen jährlich 3500 bis 4000 Wohnungen, das sind rund 40 Prozent der einschließlich der Neubauten in Wien jährlich zur Vermietung gelangenden Wohnungen. Das ist die eigentliche Ursache, weswegen die Funktionäre so sehr im Interventionen bedrängt werden. Wenn Sie anklagen, dann klopfen Sie gefälligst auf Ihre Brust, aber nicht auf meine." (Lebhafter Beifall.)

"Sie würden sich um die Wohnungslosen und alle Wohnungsuchenden, die aus irgendeinem

Gründe um Tausch ansuchen, ein großes Verdienst erwerben, wenn Sie trachten würden, daß Ihre Regierung die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen würde, daß frei werdende Wohnungen nur an dringend Bedürftige weitervermietet werden dürfen. Dadurch würden auch Unbemittelten Wohnungen in Privathäusern erreichbar und sehr viel Kummer und Leid beseitigt werden."

Das hat der Herr Stadtrat Weber geschrieben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Das hohe Haus möge nun daraus entnehmen, woher der Schmerz des Herrn Abg. Doppler rührt. *(Beifall und Zwischenrufe.)* Aber der Herr Abg. Doppler hat — und auch darüber möchte ich etwas sagen — gestern seine Darstellung durch Erzählungen über die Verhältnisse in den städtischen Wohnhäusern ergänzt. Ich bin selbst der Meinung — und der Herr Stadtrat Weber sagt das auch in seinem Briefe —, daß die Zahl der Wohnungen, die in städtischen Wohnhäusern jährlich vermietet werden können, nicht ausreicht, um die Wohnungsnot in Wien zu beseitigen. Man kann es nicht eindringlich genug feststellen, daß die Herren diese Tatsache, der auch Herr Dr. Bauer auf dem sozialdemokratischen Parteitag Ausdruck gegeben hat, sehr mit Unrecht als ein Argument für sich verwenden wollen. Die Herren sollten sich doch, ehe sie das tun, etwas mehr um die Wohnungsverhältnisse in jenen Gemeinden kümmern, die nicht von Sozialdemokraten verwaltet werden. Es wäre gut, wenn die Herren die Zahl der Wohnungen, die in Wien im Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung und zur Zahl der Wohnungssuchenden jährlich neu geschaffen werden, mit der Zahl von Wohnungen vergleichen wollten, die im gleichen Verhältnis in bürgerlich verwalteten Gemeinden gebaut werden. Vielleicht werden dann sogar die Schmerzen des Herrn Abg. Doppler über die zu geringe Berücksichtigung christlichsozialer Protektionskinder wesentlich geringer werden. Ich werde dem hohen Haus noch mitteilen können, wieviel Christlichsoziale in Wien städtische Wohnungen erhalten und besitzen, aber eines weiß ich sehr genau: daß außerhalb Wiens weder Sozialdemokraten noch Christlichsoziale in städtischen oder öffentlichen Wohnhäusern Wohnungen bekommen. *(Sehr richtig!)* Draußen werden die Parteigenossen des Herrn Abg. Doppler noch schlechter behandelt, wenn sie Wohnungen brauchen, denn draußen sorgt niemand für ihr Wohnungsbedürfnis. Schon gestern ist in Zwischenrufen darauf aufmerksam gemacht und in der Debatte wiederholt erörtert worden, daß der Herr Bundeskanzler keinen Anlaß genommen hat, diese häufigen Mahnungen an ein öffentlich gegebenes Versprechen aus dem Jahre 1923 hier zu beantworten. Bei den Wahlen des Jahres 1923 haben die Mehrheitsparteien nicht etwa nur in Versammlungsreden,

sondern in Plakaten ihre Wohnbautätigkeit der sozialdemokratischen gegenübergestellt, und sie haben sogar in gezeichneten Plakaten vorgezeigt, wieviel größer die Häuser, die sie sehr bald bauen werden, gegenüber denjenigen sein werden, die Breitner gebaut hat. Hohes Haus, gestern hat ein Herr — ich glaube sogar, es war der Herr Abg. Spalowsky — einem meiner Parteifreunde, der nach diesen Häusern gefragt hat, zugerufen, ob er ein Hellscher sei. *(Heiterkeit.)* Man muß allerdings ein Hellscher sein, um von diesen Häusern, die im Jahre 1923 — es waren keine Photographien, die da veröffentlicht wurden *(neuerliche Heiterkeit)* — immerhin auf Plakaten zu sehen waren, jetzt noch etwas zu bemerken. Und es wäre sehr dankenswert, wenn der Herr Bundeskanzler uns sagen würde, was aus diesem Versprechen geworden ist, aus welchen Gründen die bürgerlichen Parteien dieses Versprechen so rasch vergessen haben, warum sie gar keine Neigung haben, es wenigstens noch nachträglich zu erfüllen. Es ist vielleicht ein Versprechen von gleicher Qualität wie jenes, das im vorigen Jahre nicht nur auf Plakaten, sondern auch in Flammenschrift zu lesen war: Mieterschutz gesichert! *(Beifall.)* Die Wohnbaupolitik der bürgerlichen Parteien! Der Herr Abg. Doppler hat gemeint, wir machten Wohnbaupolitik aus parteipolitischen Gründen. Eine Wohnbaupolitik, die sich so ausschließlich auf den Wahlkampf und auf den Wählerfang beschränkt, die Häuser überhaupt nur auf Plakaten baut *(Heiterkeit)* und Mieterschutz überhaupt nur auf Plakaten macht, eine solche Politik allerdings verstehen wir nicht. Da müßte man wirklich bei den Herren aus der Partei des Herrn Bundeskanzlers in die Schule gehen. Ich kann daher dem Herrn Abg. Doppler nur sagen: in Wien — ich werde es ihm gleich beweisen — bekommen sehr viele Christlichsoziale Wohnungen; ihm scheint es zuwenig zu sein. Außerhalb Wiens bekommen Christlichsoziale überhaupt keine Wohnungen, weil keine gebaut werden, und insofern sind seine Parteigenossen in Wien in bezug auf die Schaffung von Wohnungen unter der roten Wiener Verwaltung sicher wesentlich besser daran als seine Parteigenossen außerhalb Wiens unter den bürgerlichen Verwaltungen. Ich bin überzeugt davon, daß, wenn draußen sozialdemokratische Verwaltungen wären und wenn der Einfluß der Sozialdemokraten auf jene Zweige der öffentlichen Verwaltung, die über die Schaffung von Wohnungen entscheiden, größer wäre, viel mehr Christlichsoziale menschenwürdige Wohnungen bekämen als jetzt durch die Politik des Herrn Seipel und die Methoden, die uns der Herr Doppler empfiehlt. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Aber, Hohes Haus, warum ist die Not da? Im ersten Halbjahr nach der Aufhebung des Anforderungs-

geleget, im ersten Halbjahr 1926, sind in Wien 7916 Wohnungen von privaten Hauseigentümern vermietet worden. Von den Mietern waren 587 als wohnungsbedürftig vorgemerkt, die übrigen rund 7300 kamen in der Zahl der Wohnungsbedürftigen überhaupt nicht vor. (Hört! Hört!) Die späteren Ziffern, hohes Haus, sind ganz ähnlich, nur mit dem Unterschied, daß die Zahl der als wohnungsbedürftig vorgemerkten sich unter den Mietern immer mehr verringert, nicht deshalb, weil weniger Wohnungsbedürftige wären, sondern unmittelbar nach dem Fall des Anforderungsgesetzes hat die sofort geschaffene Einrichtung des Wohnungsnachweises, der öffentliche Druck, noch eine gewisse Wirkung geübt, es hat immerhin noch Hauseigentümer gegeben, welche Wohnungsbedürftigen Wohnungen vermieteten. Seitdem hat das fast vollständig aufgehört; seitdem werden Wohnungsbedürftige trotz der verhältnismäßig sehr großen Anzahl von wirklich frei werdenden und zur Vermietung kommenden Wohnungen bei den Vermietungen fast überhaupt nicht berücksichtigt. Und was sagen nun die Herren bezüglich der Wirkung der Mietengesetznovelle? Denjenigen Leuten, die keine Wohnung bekommen können, weil sie die hohe Ablöse nicht bezahlen können, sagen die bürgerlichen Parteien, sie werden leichter Wohnungen bekommen, wenn der Mietzins erhöht wird. Das ist das einzige Mittel. Jeder, nicht etwa nur ein Sozialist, jeder Mensch mit ein bißchen Gefühl muß sich doch sagen: Es ist nicht zu ertragen, daß auf der einen Seite eine Anzahl von ungefähr 36.000 dringend Wohnungsbedürftigen steht, auf der andern Seite im Jahre rund 14.000 Wohnungen zur Vermietung kommen und daß die Wohnungslosen zu den Wohnungen nicht kommen können, sondern daß die Wohnungen verhandelt und verschachert werden und der Wohnungsbedürftige nicht hineinkommt. (Pistor: Die Ablöse kriegt nicht der Hauseigentümer, sondern die Mieter nehmen die Ablöse! — Widerspruch und Zwischenrufe. — Pistor: Die Mieter verkaufen die Wohnungen! — Zwischenrufe.) Herr Abg. Pistor, ich werde Ihnen gleich sagen, wie es mit den Mietenabläsen ausschaut. Vielleicht lassen Sie mich vorher nur feststellen, daß die Hauseigentümer, was sie können, dazu beitragen, um die Zahl der Wohnungslosen zu vermehren. Wir haben ein Mietengesetz, das die Kündigungen einschränkt. Wenn jemand glaubt, daß deswegen nicht gekündigt wird, daß nicht jeder kleinste Anlaß benutzt wird, um zu kündigen, um eine Wohnpartei aus dem Hause zu bringen, der kennt das Leben nicht. Ich würde da nur jeden einladen, den Verhandlungstagen der Bezirksgerichte über Wohnungskündigungen beizuwohnen, und man würde sehen, mit was für Vorwänden, mit was für Entstellungen der Wahrheit, mit was für Mißbrauch des Gesetzes Fälle, die das Gesetz als Kündigungsgründe anerkennt, konstruiert werden, um Menschen

aus ihrer Wohnung zu bringen. Das bedeutet natürlich eine furchtbare Aufgabe für die öffentliche Verwaltung. Nach einer amtlichen Zählung aus dem Jahre 1926 sind im Jahre 1926 bei den Bezirksgerichten 13.209 Wohnungskündigungen eingelaufen. (Hört! Hört!) Davon haben nicht weniger als 2083 zu Delogierungen geführt. (Hört! Hört!) Eine sehr große Anzahl von Kündigungen führt zum Aufgeben der Wohnung — delogiert wird natürlich doch, wie ich annehme, nur eine Minderzahl. Diejenigen, die hinaus müssen, die haben in dem einen Jahr noch immer fast 2100 betragen gegenüber den 500 Wohnungen im ersten Halbjahr und den kaum 500 Wohnungen im zweiten Halbjahr, die von den Hauseigentümern in Wien an dringend Wohnungsbedürftige abgegeben wurden. Das heißt, der private Hausbesitz, der im Jahre 1926 in der Lage war, fast 14.000 Wohnungen zu vermieten, hat die Zahl der Wohnungslosen um schätzungsweise 5000, zum mindesten aber die Zahl der Delogierten, das heißt der buchstäblich Obdachlosen, um 2100 vermehrt und nur um 1000 vermindert. Es sind infolgedessen ein dutzendmal soviel Wohnungen, als der Bestreitung des dringenden Wohnungsbedarfes zugeführt wurden, in den Wohnungshandel gekommen. Das ist die soziale Funktion, die jetzt vorläufig noch der Hausbesitz in Österreich ausübt, wenn man sie nach diesen Ziffern betrachtet, die nicht bestritten werden können. (Pistor: Aber die 14.000 Wohnungen sind nicht bloß durch die Hausherren, sondern auch durch die Mieter weiterverschachert worden!) Geduld, Herr Abg. Pistor! Geduld! Ich übersehe nicht, was Mieter tun und was Hauseigentümer tun. Kein Mieter in Österreich kann seit dem Jahre 1925 über eine frei werdende Wohnung ohne Zustimmung des Hauseigentümers verfügen. Bemühen Sie sich zu mir, ich gebe Ihnen eine ansehnliche Liste von Leuten, die das erlebt haben. Regel ist, daß Mieter und Hauseigentümer sich in der Ausplünderung des neuen Mieters teilen (Zustimmung), aber es gibt Hauseigentümer — und ich werde Ihnen ein paar Musterbeispiele gleich vorführen —, die es verstehen, den Mieter an dieser Tafel nicht mitfressen zu lassen.

Besser geworden ist es aber nicht. Bei den Wiener Bezirksgerichten wurden nur zum Augusttermin des heurigen Jahres im ganzen wieder 3325 Kündigungen eingebracht. Das heißt, die Zahl der Kündigungen, aufs Jahr gerechnet, ist genau so groß geblieben. Man kann infolgedessen ohne weiteres annehmen, daß auch die Zahl der Delogierungen, die ja in einem gewissen Verhältnis zur Zahl der Kündigung steht, stabil bleibt. Wir haben also in Wien jetzt, unter der Geltung des Mietengesetzes, mit rund 13.000 Kündigungen im Jahre und mit mehr als 2000 Delogierungen im Jahre zu rechnen. Und nun frage ich: was geschähe mit den Menschen, wenn dieser, wie man sieht, unzulängliche Schutz aufhörte,

wenn den Menschen nicht einmal dieses bescheidene Maß von Schutz, das sie genießen, zur Verfügung stünde?

Was geschieht mit den Wohnungen? Der Herr Abg. Doppler hat uns erzählt, was mit den städtischen Wohnungen geschieht. Das ist ein anderes Kapitel. Was geschieht zunächst mit den privaten Wohnungen? Der Herr Abg. Pistor meint, die Mieter verkaufen sie weiter. Ich habe für Mieter, die Wohnungen weiterverkaufen, nicht viel übrig, aber ich muß zur Rechtfertigung manches solchen Mieters anführen, daß gewöhnlich er selbst zu einer Wohnung nur kommen konnte, wenn er sie bezahlt hat, daß er sich insofgedessen bemüht, das, was er für die Wohnung bezahlen mußte, zurückzubekommen und sich durch Preisgabe seiner Wohnung die Mittel verschaffen will, um wieder eine Wohnung zu bekommen.

Der Herr Abg. Doppler ist ein öffentlicher Beamter, wie mir gesagt wurde. Ich habe vor mir die Aufschrift eines öffentlichen Beamten. Ich bin bereit, wenn es irgend jemanden interessiert, ihm die Aufschrift zur Verfügung zu stellen. Er sagt, ich habe das Bedürfnis, eine ihm zugekommene Aufschrift zur Verfügung zu stellen, um zu zeigen, was die Aufhebung des Anforderungsgesetzes für arme Teufel bedeutet hat. Da schreibt ihm ein Herr Georg Vereby in Wien, III. Bezirk, Ungargasse 17 (liest):

„Ich offeriere Ihnen eine schöne Wohnung, IV. Bezirk, Alois Drasche-Park, nahe Johann Strauß-Gasse, bestehend aus einer Dreizimmer- und Kabinettwohnung mit Balkon, Badezimmer, Vorzimmer, lichter Küche, Dienerzimmer, Telephon, 1. Stock, schöne Parkausicht, Ablöse ohne Tausch 9000 S.

Ferner offeriere schöne Wohnung, VII. Bezirk, Kirchengasse, nahe Mariahilfer Straße, bestehend aus zwei Zimmer, separiertem Kabinett, großem Vorzimmer, lichter Küche, 1. Stock, modernes Haus, Ablöse 6000 S ohne Tausch.

Ferner schöne Wohnung, III. Bezirk, Landstraßer Gürtel, bestehend aus drei Zimmer, Badezimmer, lichter Küche, Vorzimmer, Dienerzimmer, 1. Stock, modernes Haus, Parkausicht, Ablöse 8000 S ohne Tausch.“

Sie sehen, wie sehr die Herren Hauseigentümer bemüht sind, die Not der christlichsozialen Wohnungsuchenden zu lindern. Hier wären Wohnungen, in denen die Familie mit den neun Kindern, die dem Herrn Doppler so am Herzen liegt, derentwegen er hier die Gemeinde Wien beschimpft hat, herrlich untergebracht werden könnte. Das ist eine solche Wohnung, eine Wohnung mit Licht, Luft, Gesundheit. Ja — 9000 S, 8000 S, 6000 S! Ich werde dem Herrn Abg. Doppler die Adressen geben, er soll sich hinwenden, er wird dort alle seine Pro-

tektionskinder mit herrlichen Wohnungen versehen können. (Zwischenruf Doppler.) Ich zweifle nicht daran, daß der Hauseigentümer ihm zuliebe sofort bereit sein wird. . . (Zwischenrufe und Gegenrufe.)

Nun, Herr Abg. Doppler, Sie haben gestern über die Sozialdemokraten, die angeblich Wohnungen bekommen, sich beschwert. Das, was Sie Sozialdemokraten nennen, sind Arbeiter. Denn wenn Sie die Bewohner der städtischen Häuserblocks nach ihrer Berufszugehörigkeit perlistrieren, so werden Sie darauf kommen, daß es fast ausschließlich Angestellte, Arbeiter, kleine Gewerbetreibende und öffentliche Beamte sind. Das sind die Berufe.

Wie geht es denn aber einem Bürgerlichen, dem Angehörigen eines freien Berufes, dem Angehörigen bürgerlicher Stände, wenn er in Wien eine Wohnung braucht? Vielleicht wirkt da die Solidarität mit den ihm politisch oder klassenmäßig Nahestehenden, jene Solidarität, deren Wahrnehmung Sie dem Herrn Stadtrat Weber zum Vorwurf machen? Da schreibt ein Arzt vor ganz kurzer Zeit an das Wiener Wohnungsamt. Ich habe mir diesen Brief erbeten, weil er interessant ist. Er schreibt, daß er nicht in die Lage komme, seinen Beruf auszuüben, wenn ihm nicht von der Gemeinde eine Wohnung zur Verfügung gestellt wird. Er sagt, er könnte Wohnungen haben, soviel er will. Er schreibt (liest): „Ich bin sieben Jahre in Spitalpraxis, ich möchte endlich meinen Beruf ergreifen, helfen Sie mir dazu! Ich kann eine Wohnung haben Genggasse 115, Ablöse 12.000 S, Mahlerstraße 9, Ablöse 15.000 S, Währinger Straße 57, Ablöse 5000 S.“ Und weil der Herr Abg. Pistor von den Mietern gesprochen hat, nun, das ist ein gewissenhafter Herr, er teilt auch mit: In der Genggasse wird die Ablöse verlangt für den Mieter und Hausherrn zusammen, in der Mahlerstraße für den Hausadministrator allein, in der Währinger Straße für den Hausherrn allein. (Heiterkeit.) Sie sehen, wie viele Variationen da vorkommen.

Ich könnte Ihnen da mit einer Fülle solcher Beispiele dienen, aus denen Sie entnehmen würden, daß es sich nicht etwa nur um Wohnungen handelt, wie ich sie hier angeführt habe, um Wohnungen bürgerlicher Mieter, Wohnungen, an die ein Arbeiter oder ein bescheidener Angestellter gar nicht denken kann. Ich habe hier eine Aufschrift: Lerchenfelder Straße Nr. 13, V. Stiege, 2. Stock, Tür 49; da sind zu mieten: zwei Zimmer mit Küche, Ablöse 6000 S. Ich habe hier eine andere Aufschrift: III. Bezirk, Schlachthausgasse 46, 3. Stock, Tür 27; eine Wohnung bestehend aus zwei Zimmern, Ablöse 3800 S.

Das sind die wirklichen Verhältnisse, wie sie in Wien bestehen. Das alles ist nun gerecht und nichts anderes als ein bescheidener Nebenverdienst der Haus-

eigentümer. Bewuchert werden die Mieter nicht da, sondern bewuchert werden sie in den städtischen Häusern.

Die städtische Hausverwaltung, das ist eine ganz eigentümliche Einrichtung. In die Häuser kommen zunächst einmal, wie wir gehört haben, nur Sozialdemokraten hinein, und zwar vollzieht sich die Auswahl in der Art, daß ein Beamter — ich habe es schon erzählt — das Stück bearbeitet. Dann kommt ein Herr Doppler oder ein zweiter Herr Doppler in die Sitzung und weiß gar nicht, was da vorgeht. Da ist schon alles fertig und, Geschwindigkeit ist keine Fiktion, der Sozialdemokrat sitzt in der Wohnung. Erster Akt!

Wie vollzieht sich das in der Wirklichkeit? Früher, während des Anforderungsgesetzes, gab es Kommissionen. Wie sie draußen ausgesehen haben, habe ich schon gesagt. In Wien haben sie allerdings ganz anders ausgesehen. In Wien waren diese Kommissionen so zusammengesetzt, daß tatsächlich die Akten nicht in die Hand des Parteizugehörigen kamen, sondern durch den Beamten bearbeitet wurden, und daß in den Akten schon festgestellt wurde, ob der Betreffende in der Liste der Wohnungssuchenden und in welchem Range er ist, so daß eine Kontrolle jederzeit vorgenommen werden konnte. Warum sollte auch der Beamte ein Interesse haben, anders zu entscheiden, als er zu entscheiden verpflichtet ist?

Die Mitglieder der Kommission, die Beschluß zu fassen hatten — nicht nur der Herr Doppler, der das Nichtwissen auf seine Parteizugehörigkeit zurückführt —, sondern alle Mitglieder der Kommission wußten überhaupt nicht und durften nicht wissen, welche Akten in der betreffenden Sitzung zur Behandlung kommen. Das nennt Herr Doppler natürlich eine mangelhafte Vorbereitung der Kommissionsmitglieder. Die Kommissionsmitglieder konnten dem Referenten nicht vorher die Tür einrennen, sie konnten keine Protektion üben, weil sie vorher gar nicht wußten, was in die Sitzung kommen wird. Das ist dann ein mangelhaft informiertes Kommissionsmitglied, das weiß vielleicht gar nicht, ob der Betreffende ein Sozialdemokrat oder ein Christlichsozialer ist. Und wie soll man über die Frage, ob jemand eine Wohnung dringend braucht, entscheiden, wenn man das nicht weiß? Der Herr Stadtrat Weber hat mitgeteilt, daß ihn das nicht interessiert. Den Herrn Doppler hat das interessiert, und er hat gefunden, er war zuwenig informiert, als er in die Sitzungen gekommen ist. Nein, Sie waren nicht zuwenig informiert! Es war ein Glück, daß Sie nicht besser informiert waren, und es ist für die Wiener Wohnungssuchenden ein Glück gewesen, daß ein Mann, wie der von Ihnen gestern hier angegriffene Stadtrat Weber, ein Mann von solcher Rechtfertigung, von solcher persönlichen Anständigkeit (lebhafter Beifall), das Wiener Wohnungswesen

verwaltet. Ich würde wünschen, es hätten in der Zeit des Anforderungsgesetzes in den von Ihren Parteigenossen verwalteten Gemeinden lauter Männer wie Weber über die Wohnungen verfügt, dann hätte es viel weniger Skandal, viel weniger Mißbrauch, viel weniger Unrecht gegeben.

Jetzt allerdings ist die Form der Vergebung städtischer Wohnungen anders. Jetzt werden die Wohnungen amtlich durch die Zentralverwaltung der Häuser, aber genau nach den Vormerfungen, vergeben. Ich begreife, daß bei einer großen Zahl Wohnungssuchender und bei einer kleinen Zahl zu vergebender Wohnungen diejenigen, die keine Wohnung bekommen, unzufrieden sind, daß sie klagen. Aber derjenige, der sich zum Sprachrohr solcher Klagen macht, sollte die Dinge so darstellen, wie sie wirklich sind, er sollte solche Märchen nicht erzählen, er sollte vor allem erzählen, wie die Mieterschaft in den städtischen Häusern in Wirklichkeit aussieht. Der Herr Abg. Doppler möge — ich sage das nicht, um ihm daraus einen Vorwurf zu machen oder um damit auch nur die geringste Beziehung zu seiner Person herzustellen, ich sage das, um zu zeigen, wie die Dinge in Wirklichkeit sind —, der Herr Abg. Doppler möge sich bei einem Mieter im XVII. Bezirk, der sein eigener Bruder ist, erkundigen, von dem ich gehört habe, daß er nicht nur mit den übrigen Mietern im Hause, sondern auch mit der ganzen Verwaltung der Häuser sehr einverstanden ist, einem Herrn, der aus seiner christlichsozialen Parteizugehörigkeit gar kein Hehl macht und auch kein Hehl machen muß. . . (Doppler: Ja, soll er auch terrorisiert werden?) Ich sage nicht, daß er terrorisiert werden soll, ich sage, Sie sollen sich bei ihm erkundigen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Sie haben behauptet. . . (Alois Bauer: Sie sind ein Schwindler! — Zwischenrufe!)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich muß diesen Ausdruck rügen. (Doppler: Mit dem Wort Schwindler werfen Sie nicht herum, Sie haben gar keine Ursache! — Lebhaftes Zwischenrufe.)

Dr. Gislser: Sie haben hier behauptet, daß die Mieter in den Häusern terrorisiert, politisch mißbraucht, politisch zu Dingen gezwungen werden, die sie nicht mögen, und darauf sage ich Ihnen: erkundigen Sie sich bei Ihrem eigenen Bruder, der in einem solchen städtischen Haus wohnt. (Beifall und Händeklatschen. — Doppler: Soll das eine Tugend sein? — Dr. Ellenbogen: Nein, es wird Ihnen nur nachgewiesen, daß Sie die Unwahrheit gesagt haben! — Doppler: Lächerlich! Die übrigen terrorisieren Sie! — Lebhaftes Zwischenrufe.)

Präsident (gibt wiederholt das Glockenzeichen).

Dr. Gislser: Ich habe vor mir eine Zusammenstellung der Wahlergebnisse jener Wahlsprengel, in denen Gemeindefohnhäuser liegen. Da läßt sich

nichts wegtäuschen. Ich glaube nicht, daß am Wahltage, und gerade am vorjährigen Wahltage, Sozialdemokraten justament christlichsozial gewählt haben, und es müßte das der Fall gewesen sein, denn sonst wären, wenn wirklich dieser entsetzliche Terror, diese Parteilichkeit bei der Wohnungszuweisung herrschen würden, diese Stimmenverhältnisse nicht zu erklären. Ich bin überzeugt, daß in keinem einzigen aus öffentlichen Mitteln erbauten Haus im übrigen Österreich, das in einer bürgerlich verwalteten Gemeinde steht, die Abstimmung der Mieter solcher Häuser so aussieht wie in den Wiener Häusern. *(Zwischenrufe.)*

Die Mieterschaft in diesen Häusern setzt sich — ich habe das schon gesagt — aus Berufen zusammen, deren Angehörige von vornherein nach der gesamten Zusammensetzung der Wiener Wählerschaft meist Sozialdemokraten sind; es sind ja zumeist Arbeiter, kleine Angestellte, kleine Gewerbetreibende und kleine öffentliche Beamte. Zweitens stehen diese Häuser zumeist in Bezirken, in denen auch sonst der größte Teil der Wähler dieser Berufsgruppen sozialdemokratisch wählt. Und wie sieht nun das Bild aus? Im II. Bezirk, im Sprengel 133, sind abgegeben worden 319 sozialdemokratische, aber 52 christlichsoziale Stimmen — Beweis, daß Sie gegenüber der Zusammensetzung der Wähler und der Gegend, um die es sich handelt, sich nicht beklagen können, daß Ihre Parteigenossen bei der Zuweisung von Wohnungen etwa verkürzt wurden. In der Laffallestraße — man würde glauben, das sei für einen Christlichsozialen überhaupt unzugänglich — haben Sie 876 sozialdemokratische, aber daneben 143 Stimmen Ihrer Partei. Sie sehen, daß von einer schlechten Behandlung der Ihnen nahestehenden Wohnungsuchenden gar keine Rede sein kann. Sie haben im III. Bezirk 832 sozialdemokratische und 134 christlichsoziale Stimmen, Sie haben im V. Bezirk auf dem Margareten-gürtel zwei Wahlkommissionen — man möchte glauben: die rote Burg! — und 115 Einheitslisten in der einen, 63 in der anderen, zusammen also 180 Einheitslisten, ein Beweis, daß eine sehr stattliche Anzahl von Wohnungen in diesen Häusern bloß an Angehörige der christlichsozialen Partei vergeben wurden. Ich will Sie nicht ermüden, aber genau so setzt sich das in allen diesen Häusern fort, Sie haben überall einen gleichen Anteil. Und damit ich nicht ungerecht bin: es kommen — allerdings in entsprechender Abstufung — auch Stimmen der Zwergparteien vor, sogar der völkisch-soziale Block erscheint in den städtischen Häusern mit 2, 3, 4 Stimmen, ein Beweis, daß auch die Hafenkrenzler in diesen Häusern Eingang gefunden haben, daß sich also in diesen Häusern die Mieterschaft wirklich nicht so zusammensetzt, wie es der Herr Doppler hier in unwahrer Weise behauptet hat, nach irgendwelchen

parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern genau so, wie die Wählerschaft dieser Berufsgruppen in Wien überhaupt aussieht.

Daß mehr Arbeiter und Angestellte, mehr Klein-gewerbetreibende, mehr kleine öffentliche Beamte in Wien sozialdemokratisch als christlichsozial sind — nun, meine Herren, soll ich Ihnen hier nochmals erzählen, daß die Anziehungskraft der Häuser und die Anziehungskraft der Reden des Herrn Doppler gegen die Häuser auf die Wähler sehr verschieden groß ist? *(Heiterkeit und Beifall.)* Daß die Wähler denjenigen wählen, der die Häuser baut, und nicht denjenigen, der die Reden über die Häuser hält, das, meine Herren, ist sehr begreiflich, das erklärt das ganze Geheimnis dieser Zusammensetzung nicht nur der Wählerschaft, sondern auch der Bewohnererschaft der Häuser. Aber daß Sie in einer Welt, in der der Wohnhausbau überall vernachlässigt wird, in der auch Ihre Parteigenossen nicht zu Wohnungen kommen können, in einer Welt, in der das Anforderungsgesetz von Ihren Parteigenossen in einer Weise mißbraucht wurde, die kaum zu schildern ist, in einer Welt, in der Sozialdemokraten überhaupt nicht als vollberechtigte Staatsbürger anerkannt sind, wo Bürgerliche verwalten, den Mut haben, herzugehen und dem Stadtrat Weber vorzuwerfen, daß er parteimäßige Rücksichten walten läßt, während Sie allein ihn dazu verleiten wollten *(lebhaft Zustimmung)*, während er diese Zumutung mit Entrüstung abgelehnt hat, wenn Sie das zu behaupten wagen — dieser Statistik, diesen Tatsachen gegenüber —, dann geben Sie sich selbst die Antwort, die Ihnen gebührt. Der Herr Abg. Doppler hat ... *(Austerlitz: Ein moralloser Mensch!)*

Präsident: Herr Abgeordneter! Ich muß Sie wegen dieses Zwischenrufs zur Ordnung rufen. *(Zwischenrufe Austerlitz.)*

Dr. Gislser (fortfahrend): Der Herr Abg. Doppler hat auch über die inneren Verhältnisse in den Häusern hier Dinge erzählt, die wir gestern in Zwischenrufen sehr nachsichtig als Märchen und als Erzählungen bei der Hausmeisterin bezeichnet haben. Ich muß sagen: heute würden sie diese sanfte Charakterisierung nicht mehr verdienen, heute gebührt ihnen schon eine andere Bezeichnung. Ich will Ihnen nur einzelne Dinge erzählen. Ich kann da den guten Glauben des Herrn Doppler, daß er das alles, was er hier erzählt hat, selbst für wahr hält, nicht annehmen, selbst dann nicht, wenn ich das Plädoyer, das der Herr Abg. Doppler für seine eigene Ignoranz in allen diesen Dingen gehalten hat, als Milderungsumstand gelten lasse. *(Heiterkeit.)* Der Herr Doppler hat hier erzählt, daß im „Hanshof“ ganz fürchterliche Dinge zugehen. Wenn da einer baden will, muß er zahlen; da ist ein Hausverein, der nimmt das Geld auf Nimmerwiedersehen ein; da sind unaufgeklärte Differenzen zwischen den

Kosten, die ein Bad beanspruchen soll, und denjenigen, die wirklich aufgewendet werden müssen und dergleichen.

Wie steht es nun damit wirklich? Es ist wahr, daß in diesen Häusern wie überall in den Wiener Häusern Sozialdemokraten, Christlichsoziale und in geringer Zahl auch Leute anderer Parteizugehörigkeit leben. Das ist keine Sache, die etwa nur in städtischen Häusern vorkommt. Es ist weiters wahr — und das ist eine Entdeckung, die der Herr Abg. Doppler gestern dem staunenden Hause unter dem stürmischen Beifall seiner Parteigenossen mitgeteilt hat —, daß in diesen Häusern die Leute politisch organisiert sind. (Heiterkeit.) Diese Enthüllung ist ihr Geld wert, und es soll der Ruhm, das entdeckt zu haben, dem Herrn Doppler nicht verkürzt werden. Aber ich habe etwas anderes entdeckt: daß in diesen Häusern — nicht zuviel, aber immerhin — Leute auch christlichsozial organisiert sind, ja, man denke, es gibt in diesen Häusern sogar christlichsoziale Hausvertrauensmänner. Der Herr Abg. Doppler hat sich gestern scheinbar bemüht, zu erraten, was ein Hausvertrauensmann ist. Er ist, glaube ich, sogar irgendwie mit dem Sekretariat seiner Partei in Verbindung. (Heiterkeit.) Vielleicht nützt es ihm, wenn ich ihm mitteile, daß seine Partei — ich weiß nicht, wie es mit der Organisation dort steht, wenn der Sekretär von den Dingen so wenig weiß (Heiterkeit) —, daß seine Partei auch Hausvertrauensmänner hat und daß sogar einige dieser Hausvertrauensmänner in den städtischen Häusern wohnen. Natürlich haben die Sozialdemokraten dort mehr Hausvertrauensmänner, das ist alles.

Nichts mit diesen Hausvertrauensmännern, die einfach Funktionäre der politischen Organisationen sind, die in diesen Häusern ihre Mitglieder haben, nichts damit zu tun haben die Hausvereine. (Doppler: Ich habe von Hausvereinen gesprochen und Sie reden von der politischen Organisation! Sie reden daneben! — Zwischenrufe.) Verehrter Herr Abg. Doppler! Sie sind neben vielem anderen auch kein dankbarer Mensch; denn ich bemühe mich, die Begriffsverwirrung, die bei Ihnen besteht, ein bißchen zu beseitigen. (Heiterkeit. — Doppler: Es wäre gut, wenn Sie die eigene beseitigen würden!) Nein! Ich habe Ihnen zunächst in einer, wie ich glaube, auch für Sie nützlichen Weise erzählt, was ein Hausvertrauensmann ist, und jetzt werde ich Ihnen sagen, was ein Hausverein ist. Ein Hausverein ist eine in den Formen des Vereinsgesetzes geschaffene Zusammenfassung der Mieter eines Hauses zur Förderung gemeinsamer Interessen dieser Mieter, zur Verwaltung gewisser gemeinsamer Einrichtungen, zur Schaffung gewisser, noch nicht vorhandener Einrichtungen zum gemeinsamen Besten. (Zwischenrufe.) Ich würde über diese Dinge wirklich nicht so ausführlich reden, wenn hier nicht in diesen städtischen Häusern in der ganzen Art, wie sich

diese Wohnungsverwaltung vollzieht, ein ganz neuer Versuch des Aufbaues einer bewundernswerten Verwaltungsorganisation bestünde, die von Menschen aus der ganzen Welt wegen ihrer Zweckmäßigkeit betrachtet und wegen der glücklichen Gedanken, die darin verkörpert sind, bewundert wird. Was ist nun dieser Mieterverein? Ich habe eine ganze Reihe nicht nur Parteigenossen aus dem Auslande, sondern auch bürgerliche Besucher Wiens in solche Häuser begleitet und gefunden, daß gerade dieser Gedanke, sämtliche Mieter eines Hauses zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen, die gewisse gemeinsame Einrichtungen des Hauses verwaltet, Neues schafft und eine Fürsorge für die Mieter bedeutet, auch von bürgerlichen Besuchern Wiens bewundert wird. Ich werde dem Herrn Doppler, der gestern Reminiszenzen erzählt hat, ein kleines Erlebnis erzählen, das mir widerfahren ist. Ich habe über die Wiener Wohnbaupolitik in einer Versammlung in Deutschland, in Baden, gesprochen, und da hat ein der Partei des Herrn Doppler sehr nahestehender Gegner aus einer christlichsozialen Wahlbrochure das zur Verlesung gebracht, was ungefähr Herr Doppler seit Jahr und Tag immer wieder zum besten gibt. Darauf habe nun nicht ich antworten müssen, sondern aus der Mitte der Versammlung ist ein alter Mann aufgesprungen und hat dem Redner zugerufen: Jedes Wort, das Sie sagen, ist erlogen. Er ist dann aufs Podium gegangen und hat erzählt, er sei in Wien als Besucher gewesen, habe solche städtische Häuser gesehen und das, was dem Manne mehr als alles andere unvergeßlich geblieben ist, das war gerade das Wirken dieses Hausvereines. Er sagte nämlich, es habe ihn bis zu Tränen gerührt, daß in der Wohnung, in der er gerade war, ein Vertrauensmann des Hauses erschienen ist, nicht — wie Sie behaupten — um sozialdemokratisch zu organisieren, sondern, um zu Beginn des Winters nachzusehen, ob die Fenster gut schließen, ob der Ofen in Ordnung und in der Wohnung irgend etwas herzurichten ist. Das war die Sorge dieses Hausvertrauensmannes. Dieser fremde Besucher — Sie scheinen sich noch nicht die Mühe genommen zu haben, die Dinge etwas näher anzusehen — hat nun in dieser Versammlung erzählt, er sei 73 Jahre alt, zu ihm sei aber noch nie ein Hausbesitzer gekommen und habe ihn gefragt, ob die Fenster gut schließen, ob es bei ihm nicht zieht und ob der Ofen gut heizt. So sehen die Dinge aus. Es gibt nämlich bei mittellosen Mietern eine ganze Menge von Dingen, die der einzelne entweder überhaupt nicht sanieren kann oder die für den einzelnen eine Katastrophe bedeuten, wenn er ihnen allein gegenübersteht. In diesen Häusern ist also der Versuch gemacht worden, durch gemeinsame Hilfe diesen Dingen beizukommen. Das begeistern, das kritisieren Sie, weil Sie es nicht verstehen können (So ist es!),

weil Ihnen der Gedanke der Gemeinschaft, des solidarischen Zusammenwirkens von Menschen überhaupt nicht zu begreifen ist. (*Beifall und Händeklatschen.*)

Wie steht es nun mit dem, was Sie gestern vom Hanuschhof erzählt haben? Es ist richtig: es gibt im Hanuschhof eine Badeanlage. Sie haben gestern — ich glaube, sie waren es — gefunden, daß die Gemeinde Wien da Dinge in Räumen einrichtet, die man eben zu Wohnungen machen könnte, und Sie haben darunter die Räume angeführt, die der Hausverein benutzt, die Bibliotheken usw. Ja, in dem Hause gibt es sogar eine Badeanlage. Das ist ein Luxus. (*Doppler: Gegen die Badeanlage hat niemand gesprochen!*) Gegen die Badeanlage haben Sie nichts: sehen Sie, da machen Sie schon Fortschritte. (*Zwischenrufe.*) Es gibt eine Statistik über die Zahl der Badegelegenheiten in Häusern, bevor die Gemeinde Wien Häuser zu bauen begann. Für einen, ich sage gar nicht proletarischen, sondern für einen dem Angestellten- und Arbeiterkreise, dem Kreise der kleinen Gewerbetreibenden entstammenden Mieter war eine Badegelegenheit in der Wohnung etwas ganz Unerreichbares; das gab es nicht, das kannte das private Hauskapital in seinen Zinskassernen nicht. Die Gemeinde Wien hat dafür gesorgt. Gewiß mag das ein Luxus sein. Es ist nicht überall gleich. Es ist bekannt, daß es in Paris mehr Hundebäder als Menschenbäder gibt. Es ist nicht überall die Sorge für solche Dinge gleich groß. Im Hanuschhof gibt es eine Badeanlage, 6 Zellen mit Wannen, 9 Zellen mit Brausebädern. Und nun gibt es dort auch einen Mieterverein, der den Namen „Mieterverein Hanuschhof“ führt. Dieser Mieterverein hat von der Gemeinde die Verwaltung der Badeanlage übernommen. Die Gemeinde mußte einen Beamtenapparat aufrechterhalten, um das direkt zu verwalten, und es würde sich leicht jenes unerfreuliche Verhältnis ergeben, das sonst zwischen den Administratoren und den Mietparteien besteht. Die Gemeinde hat also dem Hausverein die Badeanlage zur Verwaltung übergeben und — was Herr Doppler sich merken möge — auch zur Verrechnung. Nun werden im Einvernehmen mit der Gemeinde Badefarten zur Benutzung dieser Bäder ausgegeben. Die Gemeinde muß für jede Badefarte für ein Wannenbad 80 g, für ein Brausebad 35 g bekommen. Sie hat genehmigt, daß die Karten um 1 S, beziehungsweise um 45 g verkauft werden, so daß für den Hausverein 20 g, beziehungsweise 10 g bleiben. Aus dem Überschuß ist der Maschinist zu bezahlen, der die ständige Reinigung der Badeanlage besorgt, es ist die Kartenausgabe, der Druck der Karten und was dazugehört zu bezahlen. Es bleibt noch ein ganz kleiner Überschuß übrig, und der wird nun — und hier möge das hohe Haus sehen, warum ich das Ganze erzähle — dazu benutzt,

um Karten anzuschaffen, die als Freikarten an Arbeitslose und an Invalide vergeben werden. (*Beifall und Händeklatschen.*) Diese Einrichtung, hohes Haus, steht unter der Kontrolle des städtischen Kontrollamtes. Und nun kommt ein Mann, von dem ich höre, daß er jahrelang Mitglied der Wiener Gemeindevertretung war, her und sagt so etwas. Er hat sein Amt so ernst genommen, daß er jahrelang über diese Dinge geschimpft und sie nie angeschaut hat, und schildert die Sache hier so, daß nicht nur jeder Zuhörer meinen müßte, sondern jeder, der das heute in den bürgerlichen Zeitungen, die das dort breittreten, liest, glauben muß, dieser Hausverein sei eine Gesellschaft von Dieben, sei eine Gesellschaft, die unerlaubt Beträge einhebt und sie verschwinden läßt. (*Zwischenrufe.*) Das ist Methode. (*Dr. Bauer: Ich bin neugierig, ob der Herr Doppler jetzt aufstehen und die Beschimpfung zurücknehmen wird!* — *Doppler: Die Tatsachen werden ja zugegeben!* — *Zwischenrufe.*)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! (*Dr. Bauer: Wenn Sie ein anständiger Mensch sind, so werden Sie das zurücknehmen!* — *Doppler: Von Ihnen lasse ich mir kein Sittenzeugnis ausstellen!* — *Andauernde Zwischenrufe.*) Ich bitte um Ruhe. (*Spalowsky: Das ist die reinste Affenkomödie!*) Herr Abg. Spalowsky, einen solchen unparlamentarischen Ausdruck muß ich energisch zurückweisen, genau so wie die persönlichen Beschimpfungen von der anderen Seite.

Dr. Eisler: Hohes Haus! Ich habe mir die Daten vom Kontrollamt erbeten, und daraus geht hervor, daß in der Zeit bis Ende August des heurigen Jahres in diesem Hause 4241 Wannen- und 11.648 Brausebäder verabreicht wurden. (*Hört! Hört!*) Das Kontrollamt hat genau berechnet, wieviel verblieben ist, und es teilt mir auch mit, daß in der Zeit rund 250 Freibadefarten ausgegeben wurden. (*Hört! Hört!*) Das ist eine Gebarung, von deren Richtigkeit sich der Herr Gemeinderat Doppler jederzeit hätte überzeugen können, wenn er sich überhaupt dafür interessiert hätte. Aber für die Herren sind ja alle diese Dinge nur Objekte, an denen sie ihr Geschimpfe betätigen können, irgendeine Bereitwilligkeit, sie sachlich anzusehen, besteht nicht. (*Doppler: Ich habe vom Rechnungsabschluß 1927 gesprochen und Sie reden vom Jahre 1928! Sie reden vorbei!* — *Zwischenrufe.*)

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Dr. Eisler: Ich überlasse es allen Mitgliedern des hohen Hauses, zu entscheiden, ob der Herr Doppler diese Bemerkung aus moralischer oder intellektueller Unbelehrbarkeit gemacht hat. (*Lebhafter Beifall.*)

Präsident: Herr Abgeordneter, das ist nicht zulässig. (*Dr. Bauer: Ein anständiger Mensch hätte diese Bemerkung zurückgenommen!* — *Doppler:*

Sie sind nicht berufen, über Anständigkeit zu reden! Das ist eine Beleidigung! — Andauernde Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich rufe die Herren beiderseitig zur Ordnung. Kehren wir zu einer geordneten Verhandlung zurück. Ich bitte, den Herrn Redner ruhig sprechen zu lassen. (Unruhe.)

Dr. Gisler: Der Herr Abg. Doppler hat sich gestern, und nur auf dieses Gebiet will ich ihm noch folgen, darüber beschwert, daß bei der Wohnungsverwaltung zur Zeit der Geltung des Anforderungsgesetzes und vorher auch Vertreter der Gewerkschaften mitgewirkt haben. Er hat das natürlich nicht in der Art gesagt, wie ich es sage, sondern selbstverständlich waren alle Vertreter der Gewerkschaften junge Burschen, die er dort gesehen hat, selbstverständlich waren sie Sozialdemokraten, und selbstverständlich war alles Mißbrauch, was damit zusammenhängt. Nun, wie sah die Sache in Wirklichkeit aus und wie sieht sie aus? Zunächst hat er einen Fall angeführt, der sich auf die Postgewerkschaft bezieht. Die Postgewerkschaft gehört zu den Vereinigungen der Bundesangestellten, deren Mitglieder unter der Wohnungsnot zu leiden haben, und wenn man von Bundesangestellten im Verhältnis zur Wohnungsnot spricht, so ist näherliegend als die Frage, ob man bei der Postgewerkschaft 3 S bezahlt, die Frage, warum sich denn der Bund um die Wohnungsnot seiner Angestellten nicht kümmert (lebhafter Beifall), warum es der Bund erträgt, daß die wohnungslosen Bundesangestellten beim Stadtrat Weber, wie uns gestern so anschaulich geschildert wurde, „antichambrieren“ müssen, warum der Bund, der doch sicher, wenn er noch so arm ist, doch nicht so arm ist, daß er nicht für die dringendsten Wohnungsbedürfnisse seiner eigenen Angestellten sorgen könnte, dem nicht abhilft. Aller Mißbrauch, der angeblich vom Stadtrat Weber geübt wird, müßte den Bundesangestellten gegenüber sofort aufhören, wenn der Bund Wohnungen schafft und sie in der musterhaften Weise, wie sie der Herr Abg. Doppler wünscht, verwaltet. Aber von dieser Möglichkeit hat der Bund bisher keinen Gebrauch gemacht. Wenn ein Postangestellter eine Wohnung braucht, so kann er weder zu seinem Ressortminister gehen noch zum Herrn Bundeskanzler, sondern er kann nur zum Herrn Stadtrat Weber gehen. Daher kommt es, daß der Stadtrat Weber mit diesen Gewerkschaften öffentlicher Angestellten in Verbindung geraten ist; nicht sein Wille war das, sondern das Verlangen des Bundes auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge. Es ist richtig: Die Postgewerkschaft hat eine eigene Einrichtung zur Entgegennahme von Wünschen von Wohnungsfuchenden geschaffen und hat dazu einen eigenen Menschen bestellt, hat eine eigene Kanzlei erhalten und hat dafür von jenen, die diese Institution in Anspruch genommen haben, einen

Beitrag von 3 S eingehoben. Diese 3 S sind selbstverständlich unter den übrigen Gewerkschaftseinnahmen genau so verrechnet worden wie jeder Mitgliedsbeitrag. Da die Zahl, nicht der Wohnungs-suchenden, aber der verfügbaren Wohnungen, nach dem Aufheben des Anforderungsgesetzes immer kleiner geworden ist, so ist dieser Beitrag von 3 S seit langer Zeit abgeschafft. Der Herr Abg. Doppler hat die Sache so dargestellt, als wenn sich das gesterngetragen hätte. Er hätte erstens sagen müssen, um was es sich handelt, und zweitens sagen müssen, daß es sich um eine Einrichtung handelt, die durch die Verengung des Wohnungsmarktes überflüssig geworden ist. Solange die Postgewerkschaft ein eigenes Bureau und eine eigene Arbeitskraft zur Besorgung der Wohnungsangelegenheiten hatte, solange hat sie auch den bescheidenen Wohnungsbeitrag eingehoben. (Doppler: Laut Protokoll ist das im August geschehen!) Im vorigen Jahr! (Doppler: Nein, das ist noch im August des heurigen Jahres geschehen!) Also, da kann ich Ihnen sagen, daß das nicht wahr ist! (Doppler: Das ist vor Zeugen erklärt worden!) Wenn Sie sagen würden, im August des vorigen Jahres, so wäre das denkbar. Im Herbst des vorigen Jahres ist diese Wohnungsfürsorgestelle der Postgewerkschaft aufgelassen worden. (Doppler: Der Herr Kramer sitzt ja noch dort!) Schauen Sie, Sie wollen sich anscheinend nicht belehren lassen! Ich würde es für durchaus zulässig erachten, wenn die Postgewerkschaft auch jetzt, wenn sie einen Angestellten mit der Wahrnehmung der Wohnungsinteressen ihrer Mitglieder betraut, den Beitrag von 3 S als Pauschalkostenbeitrag einhebt. Sie tut es aber seit einem Jahre nicht mehr — nicht etwa deshalb, weil es ein Unrecht war, sondern weil es überflüssig geworden ist, weil die ganze Einrichtung gegenstandslos geworden ist. (Zwischenrufe.) Es ist wieder ein sehr starkes Stück, das so darzustellen, als wenn die Postgewerkschaft, ich weiß nicht welche Unkorrektheit begangen hätte.

Sie haben von der Eisenbahn gesprochen. Es ist schon richtig, die Bundesbahndirektion hat eine eigene Wohnungsfürsorge eingerichtet. Das hat auch einen Sinn. Die Bundesbahnen haben zunächst eine Menge eigener Dienstwohnungen, außerdem kommen bei den Bundesbahnen häufig Personalverlegungen vor, die Bundesbahnen haben oft freie Wohnungen außerhalb Wiens, haben am Wohnungstausch ein starkes Interesse, es ist daher begründet, daß die Bundesbahnen für die Wohnungsfragen eine eigene Einrichtung geschaffen haben. Die Beamten, die an dieser Stelle sitzen, kann ich Ihnen mit Namen nennen. . . (Doppler: Ich kenne sie!) Sie kennen sie? Um so besser. Die bemühen sich um die Wohnungsangelegenheiten ihrer Beamten, und es ist selbstverständlich, daß sie auch bei der Gemeinde intervenieren, daß die Wohnungsfürsorge

der Bundesbahnen sich sehr häufig an den Stadtrat Weber wendet und bei ihm Berücksichtigung der Sorgen wünscht, die sie haben. *(Zwischenrufe.)* Was da an Unkorrektem vorliegen soll, weiß ich nicht.

Und was nun diese anonymen Gewerkschaftler anbelangt — ich weiß nicht, woran der Herr Abg. Doppler erkennt, daß jemand ein Gewerkschaftler ist, wie er einem jungen Menschen das ansieht —, aber was würde darin für ein Vorwurf liegen, daß die Gemeinde die Frage, ob jemand wohnungsbedürftig ist, durch die Mitwirkung der Gewerkschaften mitentscheiden läßt — sie tut es, wie ich glaube, leider in unzulänglichem Maße — oder daß Gewerkschaftler Wohnungen brauchen? *(Zwischenrufe.)*

Hohes Haus! Der Herr Abg. Doppler macht dem Stadtrat Weber den Vorwurf, daß er Gewerkschaftler an der Verwaltung von Wohnungen mitwirken läßt dort, wo ein gesetzlicher Anspruch darauf nicht besteht. Ich würde ihm empfehlen, lieber gegen diejenigen Vorwürfe zu erheben, die Arbeiter an der Verwaltung von Wohnungen nicht teilnehmen lassen, obwohl sie einen gesetzlichen Anspruch darauf haben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wir haben gestern gehört, wie es den Christlich-sozialen in Wien ergeht. Wir sprechen, hohes Haus, über die Frage, ob der Mieter in Österreich geschützt werden soll. Vielleicht darf ich erzählen, wie es dem Arbeiter dort geht, wo kein Schutz besteht oder wo der bestehende Schutz nicht geachtet wird, wo der Arbeiter das Schicksal heute schon hat, das ihn erwartet, wenn die Parteigenossen des Herrn Doppler über die Wohnungen allein verfügen können. Sehen Sie, es gibt leider eine große Kategorie von Wohnungen, an die kein Mieterschutz heran konnte, das sind die Werkswohnungen. *(Doppler: Wie in Zillingsdorf, wo die Gemeinde Wien sie kündigt! — Gegenruf: Ist gar nicht wahr! — Doppler: Wir haben ja die gerichtlichen Akten gesehen!)* Wir werden, wenn Sie wollen, über Zillingsdorf reden, reden wir aber zunächst über etwas anderes; Zillingsdorf kommt, da es mit „Z“ anfängt, im Alphabet später. *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)* Reden wir über die Werkswohnungen, wo sie wirklich eine Bedeutung haben. Wie steht es mit ihnen? Die größte Gebieterin über Werkswohnungen in Österreich — darüber hat schon Herr Zwanzger in dieser Debatte gesprochen — ist die Alpine Montangesellschaft. Das ist ungefähr die Hausbesitzerin nach Ihrem Geschmack. Das ist die Hausbesitzerin, die hat keine Kommissionen, die hat keine Hemmungen, die mag auch die Sozialdemokraten nicht, die sorgt für die Heimwehren, und alles andere spielt bei ihr keine Rolle. In der Vollzugsanweisung zum Betriebsrätegesetz ist eine Bestimmung — der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung täte gut, sie sich einmal

in Erinnerung zu rufen —, die es den Betriebsräten überträgt, an der Verwaltung von Betriebs-einrichtungen, an Wohlfahrtseinrichtungen und darunter auch an der Verwaltung der Werkswohnungen teilzunehmen. Ich weiß nicht, was das Bundesministerium für soziale Verwaltung und was die Regierung des Herrn Seipel getan hat, um den Arbeitern dieses ihr Recht zu wahren. Zur Verwaltung von Wohnungen — das sagen uns ja die Hausbesitzervertreter immer — gehört doch die Verfügung über die Wohnung, gehört die Kündigung und die Vergebung von Wohnungen. Und nun frage ich: Wann hat die Alpine Montangesellschaft bei Vergebung und Kündigung ihrer Wohnungen schon den Betriebsrat gefragt, obwohl das Gesetz es ihr zur Pflicht macht? Und wann hat sich diese menschenfreundliche Regierung, die soviel Herz für die Hauseigentümer hat, darum gekümmert, ob die Arbeiter der Alpiner Montangesellschaft grundlos oder mit Grund obdachlos gemacht werden?

Wie geschieht das nun? Seit Monaten wird in dem Gebiet der Alpiner Montangesellschaft an der Vermehrung der Zahl derjenigen Streiter gewirkt, die man in dieser Gegend die Alpiner Montani nennt, von denen ja der größere Teil am vergangenen Sonntag diesen denkwürdigen Ausflug in die Ferne unternommen hat. Der Arbeiter der Alpiner Montangesellschaft, der in einer Werkswohnung wohnt, wird — und das ist ein Schicksal, das jeder zu erwarten hat — eines Tages vor die Wahl gestellt, ob er in die Heimwehr eintreten oder seinen Arbeitsplatz und seine Werkswohnung verlassen will. *(Zwischenrufe.)* Hohes Haus, ich bin überzeugt, ein sehr großer Teil dieser Arbeiter würde die Arbeitslosigkeit nicht so scheuen. Zunächst ist dank unserer Mühe dafür gesorgt worden, daß nicht alle Arbeitslosen vollständig subsistenzlos sind. Die bescheidene Arbeitslosenunterstützung würde mancher als einzige Basis für seine Existenz hinnehmen, um seine Ehre zu erhalten. Das, was er nicht kann, ist, die Obdachlosigkeit auf sich nehmen, mit Weib und Kind ohne Obdach sein. Das zwingt ihn, seine Ehre preiszugeben. Die Alpine Montangesellschaft ist in den meisten dieser Orte die Herrin des ganzen Grundes und Bodens; kein Quadratmeter gehört der Gemeinde oder irgendeinem andern. Nirgendes kann auch nur die bescheidenste Hütte aufgebaut werden. Das Bodenmonopol der Alpiner Montangesellschaft, das Monopol im Hauseigentum, das macht die Menschen buchstäblich zu Sklaven. Und nun werden Sie sich nicht wundern, wenn wir der Meinung sind, daß da nur durch staatliche Eingriffe, nur durch ein Kommunalisierungsgesetz, nur durch ein Gesetz, das den Gemeinden das Recht gibt, Grund und Boden, der entbehrlich ist und für Wohnbauzwecke verwendet werden kann, an sich zu nehmen, geholfen werden kann. Ich bin überzeugt, in den

Gebieten der Alpinen Montangesellschaft würde diese Zwangslage der Arbeiter sofort aufhören oder wenigstens viel geringer werden, wenn die Gemeinden nur Grund und Boden hätten, wenn die Arbeiter nur in der Lage wären, sich mit ihrer eigenen Hände Arbeit die dürftigsten Hütten hinzustellen. Sie wären schon damit zufrieden. Aber nicht einmal das können sie, weil es keinen Quadratmeter gibt, der jemand anderem gehört als der Alpinen Montangesellschaft. Und wie macht das nun die Alpine Montangesellschaft? Sehen Sie, da ist zum Beispiel — ich werde nicht viele anführen, aber das Beispiel, das mir gestern gegeben wurde, zwingt mich dazu; es war so rührend, die Schandtaten des Herrn Weber zu hören, der in seiner Amtswirksamkeit bisher viele zehntausende Menschen, die obdachlos waren, mit Wohnungen versorgt hat —, sehen Sie, da ist zum Beispiel der Peter Walder. Er ist sicher — ich kenne ihn persönlich, seitdem ich in Steiermark zu wirken Gelegenheit habe — ein Sozialdemokrat, noch viel schlimmer: ein Vertrauensmann, ein Hauptvertrauensmann. Der Herr Abg. Doppler passe auf, nicht ein Haus-, ein Hauptvertrauensmann! 27 Jahre war er bei der Alpinen Montangesellschaft beschäftigt. Dann hat er einen Unfall erlitten und konnte nur für leichte Arbeit in Betracht kommen. Die Folge war, daß man ihn heuer im März entlassen hat (*Hört! Hört!*), aber nicht nur entlassen, sondern ihm zugleich einen Räumungsauftrag für seine Wohnung geschickt hat (*Hört! Hört!*), und dieser Krüppel, im Betrieb verunglückt, der ein Menschenalter der Alpinen Montangesellschaft gedient hat, wird übermorgen auf der Straße stehen (*lebhaftes Rufe: Hört! Hört!*), denn da geht die letzte Frist zu Ende, die ihm für die Räumung der Wohnung gesetzt wurde. (*Glückel: Das sind die Christen!* — Dr. Bauer: Dagegen spricht nicht ein Herr aus dem ganzen bürgerlichen Lager! Kein Wort gegen die Bestialitäten bei der Alpinen!) Sehen Sie, ich habe jüngst in Eisenerz mit einem Arbeiter gesprochen, der Friedrich Zankel heißt. Er ist verheiratet, hat drei Kinder. Er war mehr als acht Jahre bei der Alpinen Montangesellschaft. Er wollte nicht in die Heimwehr eintreten und ist heuer am 9. Juli 1928 nicht delogiert — das ist kein Wort —, sondern einfach auf die Straße gestellt worden, man hat ihm seine paar Habseligkeiten auf die Straße gegeben. Da steht er nun — erledigt! (*Sailer: Das ist kein Terror!* — Ruf: Kommt uns nur noch einmal mit dem Antiterrorgesetz!) Wie ist es etwa dem Arbeiter Buttinger ergangen? Auch das ist ein Sozialdemokrat. Kein junger Mensch, im Jahre 1871 geboren. Vertrauensmann im Dienste der Alpinen Montangesellschaft. Er und seine Frau Arbeiter der Alpine, sie elf Jahre, er zehn Jahre. Er hat heuer einen Unfall erlitten, war dann einige Zeit als Hilfsarbeiter beschäftigt, hat eine Provi-

fionierung verlangt, die Provision ist ihm nicht gegeben worden, und nun hat der Mann sich wiederholt an die Alpine Montangesellschaft um Arbeit oder um irgendeine Altersgabe gewendet. Er war lästig. Und was war die radikale Erledigung? Daß man ihn aus seiner Wohnung in Eisenerz, Flutergasse 9, eines Tages in der Weise entfernt hat, daß man seine Sachen auf die Straße gestellt hat. (*Lebhaftes Zwischenrufe.*) Damit ist ein lästiger Bittsteller, einer, der dort seine gesunden Glieder eingebüßt hat, in einfachster Weise erledigt. (*Sailer: Herr Doppler wie wird Ihnen denn?* — Dr. Bauer: Das geniert ihn gar nicht, dazu lacht er! Sie sind ja ein Dickhäuter! — Doppler: Ja kann ich das verhindern? — Dr. Bauer: Ja, dazu sind wir ja hier, um das zu verhindern! — Zwischenrufe. — Dr. Bauer: Setzen Sie die Werkwohnungen unter Mieterschutz, und es ist verhindert! Das verlangen wir von der Mehrheit, daß das verhindert wird! — Zwischenrufe. — Sailer: Das wollt Ihr nicht machen! — Doppler: Aber, aber!)

Hohes Haus! Ich habe selbst... (*Dr. Bauer: Wir werden anregen, daß die Dienst- und Werkwohnungen unter Mieterschutz kommen!* — Doppler: Auch in Zillingsdorf, wo die Gemeinde Wien kündigt! — Dr. Bauer: Es ist charakteristisch, daß Sie nur Gemeinden angreifen! Kapitalisten darf er nicht angreifen, er weiß schon warum!)

Ich habe selbst, hohes Haus, mit Ferdinand Nagelböck, der sechs Jahre bei der Alpinen Montangesellschaft, mit Franz Reifner, der vier Jahre bei der Alpinen Montangesellschaft beschäftigt war, gesprochen, zwei Arbeitern, die gleichfalls nicht nur ihre Entlassung, sondern auch ihre Delogierung aus Werkwohnungen ausschließlich der Tatsache zu verdanken hatten, daß sie nicht ihre Partei preisgeben, daß sie nicht Heimwehrmänner werden wollten. Ich kann ebensowenig wie der Herr Abg. Doppler den Leuten helfen, aber ich kann auf ihre Klagen anders reagieren, ich kann das, was hier geschieht, als eine Schande empfinden, als einen Schmach für die Republik. Ich kann mir denken, daß ich, wenn ich der Herr Minister für soziale Verwaltung wäre, keine ruhige Nacht hätte, ehe ich nicht dafür Sorge, daß die Bestimmung des Betriebsrätegesetzes, die den Arbeitern die Mitverwaltung der Werkwohnungen überträgt, auch im Gebiete der Alpinen Montangesellschaft gilt. (*Zwischenrufe.*) Ich werde Ihnen sagen, was die Alpine Montangesellschaft den Arbeitern antut. Die Arbeiter von Eisenerz haben sich an die Alpine Montangesellschaft mit der Aufforderung gewendet, ihnen endlich den in § 16 der Vollzugsanweisung vom 11. Juli 1919 eingeräumten Einfluß auf die Verwaltung der Werkwohnungen wirklich zu übertragen. Und was hat die Alpine Montangesellschaft ihnen wörtlich mitgeteilt?

„Sie ist selbstverständlich nach wie vor bereit, dem Arbeiterbetriebsrat im Sinne der von mir erwähnten Bestimmungen eine Mitwirkung bei der Verwaltung der Werkwohnungen einzuräumen, sie macht aber darauf aufmerksam, daß die Verwaltung der Werkwohnungen mit der Vergebung, beziehungsweise Zuweisung oder mit der Entziehung solcher Wohnungen nichts zu tun hat (*Hört! Hört!*), sondern sich lediglich darauf beschränken muß, daß die Wohnungen rücksichtlich ihrer Mängel in baulicher und gesundheitlicher Beziehung zeitweise besichtigt werden, wobei selbstverständlich die vom Betriebsrat mit dieser Aufgabe Betrauten nur unter Führung des zuständigen Beamten der Quartiermeisterei diese Häuser und Wohnungen betreten dürfen.“ Das ist das Arbeiterrecht der Alpinen Montangesellschaft. Sie haben über die Verhältnisse der Mieter in den Häusern der Gemeinde Wien gesprochen. Der Herr Doppler soll froh sein, daß sein Bruder nicht als Sozialdemokrat in einer Werkwohnung der Alpinen Montangesellschaft (*Beifall*), sondern daß er als Christlichsozialer in einem Haus der roten Gemeinde Wien wohnen darf. Das würden sich alle Eisenerzer und Donawitzer Arbeiter wünschen, so wohnen zu dürfen wie die Bewohner der Häuser der Gemeinde Wien.

Hohes Haus! Die Zustände, die sich da entwickelt haben, die vollständige Schutzlosigkeit der Menschen in den Werkwohnungen kann nicht aufrecht bleiben, hier muß jede Reform eine Änderung herbeiführen, es muß vor allem den Arbeitern jene Mitverwaltung gegeben werden, die sie mitentscheiden läßt, ob die Räumung der Wohnung sachlich begründet, in Betriebsnotwendigkeiten begründet, menschlich zu rechtfertigen ist. Und, hohes Haus, ich glaube — vielleicht ist das eine kleine Abschweifung vom Gegenstand, daß kein Mensch, der die Pflichten einer Volksvertretung ernst nimmt, das überhaupt länger ansehen dürfte, was da geschieht. Die öffentliche Verwaltung ist ja heute vollständig von den Unternehmern der Schwerindustrie beherrscht. Es ist auf diesem Gebiete schlecht hin unmöglich, die öffentliche Verwaltung dazu zu bringen, sich ihrer Pflichten zu erinnern. Das, was hier in bezug auf die bauliche und gesundheitliche Ausstattung gesagt wird, ist ja Hohn. Es wäre ja schließlich und endlich der Gewerbeinspektion unbenommen, sich auch um diese Dinge ein bißchen zu kümmern. Aber was soll man zu einer Gewerbeinspektion sagen, die zunächst dem maßlosen Anwachsen der Betriebsunfälle in diesem Gebiete tatenlos zusieht und nichts dazu zu sagen weiß, daß im letzten Jahre jeder fünfte Arbeiter der Alpinen Montangesellschaft verunglückt ist, und zwar einen solchen Unfall erlitten hat, daß er der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt angezeigt werden mußte und daß sich dort ununterbrochen tödliche Unfälle ereignen. Die Gewerbeinspektion hat in ihrem letzten Jahres-

bericht gemeint, es vollziehe sich dort eine sehr glückliche Entwicklung: die Alpine Montangesellschaft beginne immer mehr eigene Beamten mit der Beaufsichtigung der Betriebseinrichtungen zu beschaffen, und die Tätigkeit der Gewerbeinspektion werde immer überflüssiger. Man sieht: ein Idyll. Die Gewerbeinspektion in Leoben wird es dahin bringen, daß auf der einen Seite alle anständigen Menschen delogiert sind und daß die, die nicht auf der Gasse stehen, ihr Leben und ihre Gesundheit im Betriebe einbüßen. Das ist die Hilfe der öffentlichen Verwaltung.

Bauen? Daran denken sie nicht. Es gibt in Eisenerz — ich habe bisher nur von diesem Ort gesprochen — einen einzigen freien Platz von größerem Umfang, der so gelegen ist, daß man zu seiner Begleichung nicht schwindelfrei sein muß. Das ist eine große Wiese, die die Gemeinde nach dem Umsturz von der Alpinen Montangesellschaft auf Grund des Gesetzes über Spielplätze als Spielplatz gepachtet hat, der einzige Platz, auf dem die heranwachsenden Proletariatskinder, die Schulkinder, sich körperlich erholen können, in diesem Loch von Ruß und Staub und Krankheit. Auf diesem Platz werden die größeren politischen Veranstaltungen der Parteien vorgenommen. Wo kann man denn sonst hingehen? Es ist ja kein anderer Platz in Eisenerz vorhanden, auf dem mehr Leute zusammen kommen können. Die Alpine Montangesellschaft hat jetzt der Gemeinde Eisenerz die Miete dieses Platzes aufgekündigt, weil dort vor einiger Zeit, vor der Betriebsratswahl, eine Versammlung stattgefunden hat, in der der Abg. Bauer das Referat erstattet hat. Die Alpine Montangesellschaft behauptet, das sei ein für sie nachteiliger Gebrauch, der von dem Platz gemacht wurde. (*Heiterkeit.*) Ich habe mich bemüht, der Alpinen Montangesellschaft klarzumachen, daß das doch über das erträgliche Maß von Veragation hinausgeht, ich habe daran erinnert: warum sollen die Arbeiter den Dr. Bauer dort nicht hören? Vor kurzem wurde dort eine Zulfestfeier abgehalten. Neun Zehntel der Arbeiter in Eisenerz sind Sozialdemokraten. Sie haben diese Zulfestfeier auch ruhig hingenommen. Daraufhin hat mir die Alpine Montangesellschaft mitgeteilt, eine Zulfestfeier sei kein für sie nachteiliger Gebrauch. Eine Versammlung aber, in der Dr. Bauer spricht, ist ein für sie nachteiliger Gebrauch des Platzes. Das heißt, die bloße Tatsache, daß die Alpine Montangesellschaft nicht verhindern kann, daß der Abg. Dr. Bauer zu den Arbeitern spricht, genügt ihr, um rücksichtslos den einzigen Erholungsplatz, den es in diesem traurigen Ort, in diesem Ort jahrhundertelanger Lohnsklaverei gibt, den Kindern wegzunehmen, und alle Hinweise darauf: daß es doch die Kinder der eigenen Angestellten, die Kinder derjenigen sind, die ihr Leben, ihre Gesundheit und Arbeitskraft für die Alpine hergeben, haben nicht gewirkt. Der

Dr. Bauer darf auf dem Boden der Alpinen Montangesellschaft nicht sprechen. Sie reden vom Terror, Sie reden vom roten Terror, Sie schwäzen vom Antiterrorgesetz. Lassen Sie sich doch von den Herren am Schwarzenbergplatz und von den Herren in der Alpinen Montangesellschaft lieber erzählen, was Terror, was Verletzung jeder bürgerlichen Freiheit, was Verletzung jedes menschlichen Rechtes in dieser Republik ist.

Vielleicht ist in dieser Debatte das Mietengesetz selbst ein bißchen zu kurz gekommen. Die Art und Weise, wie Sie diese Debatte geführt haben, rechtfertigt es, wenn das Mietengesetz dabei zu wenig beachtet wurde. Ich muß aber doch ein paar Bemerkungen, die angeblich zum Mietengesetz gemacht wurden, noch erwähnen, vor allem diejenigen, die der Herr Abg. Pistor gemacht hat. Der Herr Abg. Pistor ist der zweite Historiker, der sich in dieser Debatte auf bürgerlicher Seite betätigt hat. Der Herr Abg. Doppler hat die Geschichte der Wiener Wohnungsbauten erzählt, der Herr Abg. Pistor ist ein Mann, der die ganze Sozialdemokratie mit seiner Geschichtsforschung erfasst (*Heiterkeit*) und als Spezialist sich vor allem der Aufdeckung der sozialdemokratischen Wohnungspolitik gewidmet hat. Er hat ein paar sehr interessante Tatsachen festgestellt, für die ihm die Geschichtsforschung dankbar sein soll, zum Beispiel daß es Sozialdemokraten gibt, die in Österreich Hypotheken mit entwertetem Gelde zurückgezahlt haben. Natürlich ist es sehr nett, daß der Herr Abg. Pistor meint, eine gesetzliche Pflicht zur Aufwertung besteht zwar nicht, aber wenn schon niemand aufwertet, so sollen doch wenigstens Arbeiterheime und sozialdemokratische Zeitungen aufwerten (*Heiterkeit*), diese haben es doch wenigstens.

Zunächst ist mir vom Herrn Abg. Pistor — ich will gar nicht persönlich werden, ich mache ihm daraus keinen Vorwurf — bekannt, daß er uns da nicht mit gutem Beispiel vorangegangen ist. Der Herr Abg. Pistor gehört zu den sogenannten neuen Hausbesitzern und zu jenen, die ihre Hypotheken auch mit solchen Kronen zurückgezahlt haben, über die als Rückzahlungsmittel er sich sehr empört hat, nämlich mit den Kronen der Jahre 1921 und 1922, auf die er es besonders scharf hat. Gerade deren hat er sich aber sehr eifrig bedient, als er seine Hypotheken zurückgezahlt hat. Ich bin natürlich der letzte, der ihm dies zum Vorwurf macht, weil ich nicht einmal vom Herrn Abg. Pistor verlange, daß er die Hypotheken allein aufwertet. Der Herr Abg. Pistor war damals Weinhändler. Warum die Weinhändler so sparsam sind und die Arbeiterheime so üppig sein sollen, das versteht allerdings kein Mensch. Die Überwälzungsmöglichkeiten sind, denke ich, bei den Weinhändlern immer noch größer als bei den Arbeiterheimen. (*Heiterkeit*.) Aber das ist nicht das Entscheidende. Die Tatsache selbst, daß alle Haus-

eigentümer in Österreich in der Lage waren, ihre Hypotheken in entwertetem Geld zurückzuzahlen, ist nicht zu leugnen. Es ist eine Tatsache, die zu sehr vielen Anträgen, die wir im Hause eingebracht haben, Anlaß gegeben hat.

Wenn ich nicht irre, ist der Herr Abg. Pistor jetzt Mitglied des Kleinrentnerausschusses; er wird also alle seine gesetzgeberischen Aktionen, die er zur Aufwertung der Hypotheken mit einer möglichst weit gezogenen Rückwirkung vor hat (*Heiterkeit*), dort mit Erfolg zur Geltung bringen können. Ich werde dafür sorgen, daß die Sozialdemokraten speziell Rückwirkungen auf das von ihm so scharf hervorgehobene Jahr 1921 (*Heiterkeit*) besonders eifrig betreiben, damit alle im Jahre 1921 zurückgezählten Hypotheken aufgewertet werden; von Arbeiterheimen, vom Herrn Pistor, von allen, die daran teilgenommen haben. (*Heiterkeit und Beifall.* — *Pistor: An der von Ihnen gewünschten Tätigkeit wurde ich bis jetzt durch Ihre Parteifreunde im Ausschuss leider gehindert!*) Verehrter Herr Abg. Pistor, es fehlen dem Ausschuss bis jetzt die richtigen Anträge. Wenn Sie jenen Antrag einbringen werden, der die Konsequenz Ihrer Ausführungen war, der die Arbeiterheime und die sozialdemokratischen Zeitungen zu jenen Leistungen zwingen soll, die Sie beabsichtigen, dann werden Sie sofort Sitzungen haben, dann werden wir uns mit Ihnen sehr schnell zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Ich bin überzeugt, Sie werden sofort darangehen, den Grundsatz legislativ zu verwirklichen: erst Aufwertung aller Hypotheken mit Rückwirkung über das Jahr 1921 zumindest (*Heiterkeit*) und dann Erhöhung der Mietzinse. Da werden wir uns vielleicht, zumindest bei dem ersten Teil dieses Programms (*Heiterkeit*), im Kleinrentnerausschuss zu sehr nützlicher Tätigkeit mit Ihnen zusammenfinden.

Ich bin natürlich nicht imstande, zu kontrollieren, ob alle von Herrn Pistor angeführten Ziffern richtig sind. Ich habe aber den Herrn Abg. Pistor im Verdacht, daß er nicht immer die Wahrheit sagt. Ich habe nicht den Ehrgeiz gehabt, alle Ziffern zu prüfen. Die Sache Doppler war ernster, weil hier wirklich eine Verwaltung großen Stils, großen Gehaltes mutwillig beschimpft wurde. Die Geschichtsschreibung, die der Herr Abg. Pistor betreibt, ist nicht ganz originell. Wir kennen ja diese Daten schon aus den Wahlerzeugnissen der bürgerlichen Parteien; dort sind alle diese Dinge schon vorgekommen, und der Herr Abg. Pistor hat ihnen nur kleine Variationen gegeben, die nicht immer sehr nett von ihm waren. Aber ich habe den Verdacht, daß er sich nicht ganz an die Wahrheit hält. Man kann das an Stichproben feststellen.

Zunächst hat der Herr Abg. Pistor — ich will nur Stichprobenweise zeigen, wie diese Geschichtsschreibung aussieht — etwas von einem Arbeiter-

heim in Villach erzählt, in dem Geschäftslokale vermietet werden; dort hat einer ein Geschäftslokal gemietet, für das er im Sommer 1400 oder 1500 S und im Winter 2000 S bezahlen muß; so beuten die Sozialdemokraten ihre Mieter aus. Ich kenne zufällig dieses interessante Haus, ich kenne auch seine Geschichte und ich kenne auch das Verhältnis dieses Mieters. Vielleicht wäre es doch, sagen wir, im Interesse einer vollständigen Berichterstattung gewesen, wenn der Herr Abg. Pistor dem Haus erzählt hätte, daß es sich um ein Gebäude handelt, das ein Hotel ist, mit einem eingerichteten Wirtschaftsbetriebe, mit Versammlungssälen, mit Hotelzimmern, das heißt, daß es sich — und der Unterschied dürfte dem Herrn Abg. Pistor doch geläufig sein — nicht um eine Wohnungs- oder Geschäftslokalvermietung, sondern um die Verpachtung eines gewerblichen Betriebes handelt. *(Zwischenruf Pistor.)* Verzeihen Sie, Herr Abgeordneter, es ist nicht Anmaßung, was mich dazu bewegt, sondern es ist wirklich der Wunsch, der Wahrheit zu dienen, wenn ich Ihnen sage, was Ihnen vielleicht entgangen ist, daß für die Verpachtung gewerblicher Betriebe der Nationalrat ein eigenes Gesetz gemacht hat, das für die Bildung des Pachtzinses besondere Vorschriften enthält. Die Herren Christlichsozialen, die damals Verpächter von Sägewerken und Mühlen waren, haben sich um dieses Gesetz sehr lebhaft gekümmert. Die Verpachtung gewerblicher Betriebe unterliegt in Österreich einem ganz besonderen Gesetz und hat mit dem Mietengesetz nicht das geringste zu tun.

Es ist nun begreiflich, daß ein Hotel mit Sälen, einer Gasthauseinrichtung und mit allem, was dazu gehört, von dem Verein Arbeiterheim entweder selbst betrieben oder durch einen Pächter betrieben wird. Der Pächter muß einen Pachtzins entrichten, der ausreicht, um die den Verein treffenden Steuern, seine Schulden, kurz, das zu bestreiten, was der Verein zu seiner Gebahrung braucht. Das ist bei Unternehmungen solcher Art selbstverständlich. Aber, Herr Abg. Pistor, es ist Ihnen noch ein Irrtum unterlaufen. Sie haben hier von diesem bedrängten Pächter erzählt, der durch diese Zinslast zugrunde gerichtet wird. In Wirklichkeit steht die Sache so, darüber kann ich Ihnen sogar sehr viele Einzelheiten liefern, daß die Leute diesen Pächter nicht mögen, daß sie das Verhältnis zu ihm, was nach diesem Gesetz zulässig ist, zu lösen sich entschlossen haben, daß der Mann nicht hinausgeht, gegen die Leute einen Prozeß führt, weil er nicht hinausgehen will. *(Heiterkeit.)* Die Geschichte mit dem bedrängten Pächter, der da unter der Last des Zinses zusammenbricht, ist also nicht ganz so.

Nun haben Sie noch eine Geschichte erzählt, die ich selbst kenne. Das war die Geschichte von jenem berühmten Knittelfelder Vizebürgermeister, der auf den Abbau des Mieterschutzgesetzes spekulierte. Die

Sache ist schon gar nicht neu, die ist in der Wahlzeit so viel abgebraucht worden, daß offenbar von ihrem Inhalt nur mehr noch das übriggeblieben ist, was Sie erzählen. Was ist in Wirklichkeit geschehen? In Wirklichkeit hat die Knittelfelder Gemeindeverwaltung, das ist wahr, einen Häuserblock erworben unter Umständen, die hier nicht in Betracht kommen, die durch die Mitwirkung an irgendeinem Industriebetrieb veranlaßt waren. Und nun haben bürgerliche Mitglieder der Gemeindevertretung diese Erwerbung sehr lebhaft kritisiert und behauptet, das sei ein sehr schlechtes Geschäft, wenn man Wohnhäuser erwirbt. Und da hat nun allerdings der sozialdemokratische Vizebürgermeister dem Ihnen sicher bekannten Wortführer der Christlichsozialen geantwortet: Von Ihrer Seite ist dieses Argument am wenigsten zu erwarten, Ihr sorgt ja ohnedies für den Abbau des Mieterschutzes und für die Erhöhung der Mietzinse, Ihr habt am wenigsten recht, Euch darüber zu beklagen, wenn man Wohnhäuser erwirbt. Die Sache war also nicht so, wie Sie sie dargestellt haben. Es war kein Bekenntnis zum Abbau des Mieterschutzes, sondern, wenn Sie es so nennen wollen, eine Trostkei desjenigen, der sich über die Erwerbung von Wohnhäusern beschwert und zugleich den Mieterschutz abbauen will.

Ebenso finde ich, daß der Herr Abg. Pistor ein sehr wenig überzeugendes Argument anwendet, wenn er uns erzählt, ein Konsumverein habe Wohnungen gebaut und verlange jetzt für eine verhältnismäßig kleine Wohnung 40 S. Sehen Sie, Herr Abg. Pistor, das sagen wir auch immer: wenn man heute Wohnungen baut, so kostet das heute viel Geld, und die Wohnungen in diesen Häusern sind sehr kostspielig, gleichgültig, ob sie das private Kapital oder der sozialdemokratische Konsumverein baut. Wenn nicht öffentliche Mittel zur Verfügung stehen, sondern private Mittel verwendet werden müssen, dann kostet eben diese Zwergwohnung 40 S. Im Gegenteil, sie würde noch mehr kosten, wenn der Konsumverein in Wels das hereinzubringen bereit und imstande wäre, was ihn die Wohnung wirklich kostet. Das Beispiel des Welsener Konsumvereins, die Tatsache, daß nicht einmal eine sozialdemokratische Organisation imstande ist, wenn die Schaffung von Wohnungen der freien Wohnbautätigkeit überlassen bleibt, Wohnungen zu einem erträglichen Zins herzustellen, das sollten Sie nicht ganz übersehen.

Und nun hat der Herr Abg. Pistor noch etwas gesagt, und das scheint mir doch einer Ergänzung bedürftig zu sein. Dem Herrn Abg. Pistor will unser Eintreten für eine vernünftige Aufwertung der zerstörten Vermögenswerte derjenigen, die auf den Ertrag von Spargut angewiesen waren, und unsere Haltung in der Mietenfrage nicht zusammenstimmen. Da findet er einen Widerspruch, und er löst diesen Widerspruch in einer sehr einfachen Weise, indem er sagt, daß

es sich uns ja nur darum handelt, diese Kleinrentner politisch für uns zu gewinnen. Er hat sich schon damit abgefunden, daß wir gleiche Mittel den Hausherren gegenüber nicht anwenden, daß wir auf so moralisch böse Mittel zur Eroberung der Hausherren verzichten. Das ist ja immerhin etwas. Aber selbst da ist der Herr Abg. Pistor sehr im Irrtum. Er hat zunächst eine Tatsache über die schlechte Behandlung der Opfer der Geldentwertung angeführt, und zwar hat er in einer Polemik gegen Dr. Renner gemeint, man solle sich bei dem Obmann jenes Ausschusses erkundigen, der das Leibrentnergesetz gemacht hat. Nun vielleicht darf ich den Herrn Abg. Pistor darüber belehren, daß der Herr Abg. Renner wohl Obmann des Finanzausschusses ist, daß dieser Finanzausschuß aber an dem Zustandekommen dieses Leibrentnergesetzes so unschuldig ist wie etwa der Abg. Pistor, der damals dem Hause noch nicht angehört hat. Der Finanzausschuß hat eine Gesetzesvorlage einfach ratifiziert, die in dem Kleinrentnerausschuß beschlossen wurde, und der Obmann dieses Kleinrentnerausschusses war der Herr Abg. Angerer, ein Herr, zu dem diejenigen, denen der Herr Abg. Pistor empfiehlt, sich erkundigen zu gehen, ruhig hingehen mögen, sich zu erkundigen. Der Herr Angerer wird ihnen sagen, wie er die Leibrentner verkauft hat. Aber es war gar nicht so schlimm. In Wirklichkeit lag die Sache so, daß wir bei der Frage der Entschädigung der Leibrentner genau so wie bei allen anderen Fragen uns auf den Standpunkt gestellt haben, man solle sich zunächst mit den betroffenen Kreisen selbst auseinandersetzen. Die Regierung hat sich infolgedessen mit den Vertretern der Leibrentnern über ihre Wünsche, die sie haben, verständigt, sie hat dann in einer ganz aner kennenswerten Weise diese Wünsche den Versicherungsunternehmungen gegenüber vertreten, und es ist eine Verständigung herbeigeführt worden, die das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Vertretern der Leibrentner und den Vertretern der Unternehmungen war. Der Kleinrentnerausschuß, der Finanzausschuß und der Nationalrat hatten dieses Kompromiß lediglich zur Kenntnis zu nehmen und formell in das Gewand eines Gesetzes zu kleiden. Das ist die ganze Geschichte dieses Leibrentnergesetzes. Wenn der Herr Abg. Pistor meint, es sei unzulänglich, dann hat er da eine sehr wirksame Gelegenheit, einmal etwas für einen sehr kleinen Kreis von Opfern der Geldentwertung zu tun. Ich habe vor gar nicht langer Zeit angeregt, man möge einen vom Abg. Waber eingebrachten Antrag, der die Erhöhung der Leistungen aus diesem Gesetze zum Gegenstande hat, recht bald im Hause verhandeln. Wenn der Herr Abg. Pistor mich bei meinen Bemühungen — der Herr Abg. Waber tut nichts, um seinen Antrag lebendig zu machen — unterstützt, den Herrn Abg. Waber an seinen Antrag zu erinnern, wenn wir gemeinsam dann dafür sorgen,

daß dieser Antrag auch bald beraten wird, daß die Leistungen, die für die Leibrentner aus dem geltenden Gesetze entspringen, erhöht werden — und sie können erhöht werden, weil die Höchstleistungen der Versicherungsunternehmungen nicht gebraucht werden, um die gesetzlichen Höchstleistungen zu erfüllen, kaum die Hälfte davon wird gebraucht —, dann werden wir zu einer sehr nützlichen legislativen Tätigkeit im Kleinrentnerausschuß uns zusammenfinden, und der Herr Abg. Pistor wird den verratenen Leibrentnern geholfen haben, und man wird sich beim Herrn Abg. Angerer gar nicht erst erkundigen müssen, wie es zugegangen ist.

Aber auch sonst stimmt es mit der Aufwertung nicht ganz. Der Herr Abg. Pistor übersieht immer wieder den nun einmal bestehenden Unterschied zwischen demjenigen, dessen Vermögenssubstanz vernichtet wurde, und demjenigen, der den größten Teil der Substanz seines Vermögens erhalten und nur seine Rente eingebüßt hat. Das ist der große Unterschied zwischen dem Hauseigentümer und dem Rentner. Aber wenn Sie mich persönlich fragen, ich habe für die verarmten Hauseigentümer, die, die wirklich alte Hauseigentümer sind, nicht etwa nach dem Kriege Häuser zusammengekauft und die Hypotheken billig zurückgezahlt und dann die Häuser wieder verschachert haben — solche soll es auch geben —, ich habe für die wirklichen Hauseigentümer, die gespart haben, alles Verständnis. Aber die Wohnungen und Wohnhäuser eignen sich nicht zu Objekten des Schachers, des Handels, der privatwirtschaftlichen Ausnutzung und Ausbeutung. Das, was die Wiederkehr der guten alten Zeit unmöglich macht, sind vor allem — das würde der Herr Pistor erfahren, wenn er die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages objektiv und aufmerksam lesen wollte — wohnungspolitische Erwägungen, die schaffen den großen Unterschied zwischen dem Mietenproblem, wie es in Österreich heute steht, und der Frage der Aufwertung.

Da will ich nur auf einen Umstand hinweisen, der vielleicht in der Debatte auch von den sozialdemokratischen Rednern erwähnt, aber nicht so deutlich dargestellt wurde, als es erwünscht ist. Es wird in Österreich geklagt, das Mietengesetz zerstöre den Wert der Häuser, es töte den Realitätenmarkt. Man kann sehr verschiedener Meinung sein über die Nützlichkeit eines sehr lebendigen Realitätenmarktes, sehr verschiedener Meinung darüber, ob es erwünscht ist, daß Wohnhäuser einen Handelsartikel bilden, der fortwährend seinen Eigentümer wechselt und fortwährend die Bewohner der Häuser in Unruhe bringt, in finanzielle Unruhe und in Unruhe in bezug auf ihr Wohnrecht. Aber was ist wahr? Noch niemals hat es eine solche Lebendigkeit auf dem Realitätenmarkt in Österreich gegeben wie unter der Geltung des Mietengesetzes. Das hängt

nicht mit dem Mietengesetz zusammen, sondern das hängt mit der Zeit zusammen, in der wir leben. Die Veränderungen im Eigentum der Häuser sind von solcher Art, daß man wirklich nicht wünschen kann, daß diese Bewegung durch eine Prämie für den Hauseigentümer belohnt, gefördert und schließlich zu einer Quelle der Ausbeutung der Mieter gemacht werde.

Ich habe mir die Mühe genommen, angeregt durch die interessante Statistik, die uns der Herr Pistor zum besten gegeben hat, mir einmal anzusehen, wie die Dinge wirklich liegen. Diese Statistik des Herrn Pistor ist eine Statistik, die, wenn heute nicht Oktober, sondern eine Zeit im Anfang des Jahres wäre, die Bezeichnung einer Faschingsstatistik verdienen würde. Denn diese Statistik enthält Ziffern, von denen zunächst niemand weiß, woher sie Herr Pistor genommen hat. Ich verpflichte mich sofort mit einer Fertigkeit, die bewundert werden soll, hier andere Ziffern zum besten zu geben und eine Prämie für denjenigen auszusprechen, der mir beweist, daß sie richtig oder nicht richtig sind. Aber solche Statistiken besagen nichts, weil sie den ungeheuren Anteil des öffentlichen Besitzes und des stabilen Hausbesitzes gar nicht berücksichtigen.

Wenn Sie sich die Belastung der Wiener Wohnhäuser richtig vorstellen, wenn Sie die Bewegung der Hypotheken richtig ermitteln wollen, so müssen Sie zunächst aus dem Hausbesitz alles ausschalten, was der öffentlichen und der toten Hand gehört. *(Pistor: Das ist geschehen!)* Nein, das ist sicher nicht geschehen. Sie dürfen kein einziges Gebäude, das einer öffentlichen Körperschaft, das einer Stiftung, einer kirchlichen Organisation gehört, drinnen lassen. *(Pistor: Ich habe die 1669 der Öffentlichkeit gehörenden Häuser ausgeschieden!)* Das ist ein lächerlicher Teil, das kann ja gar nicht stimmen! Sie dürfen außerdem in einer solchen Statistik den Hausbesitz nicht aufnehmen, der Leuten gehört, die überhaupt von der Teilnahme am Hypothekenmarkt ausgeschlossen sind. Denn wenn Sie die Bekehrbarkeit der Häuser noch so ideal gestalten, so wird ein Rothschild sein Haus nicht belehnen lassen, und Leute ähnlichen Kalibers werden es gleichfalls nicht belehnen lassen. Solche Häuser kommen natürlich für die Belehnung auf dem Hypothekenmarkt, für eine Berechnung der perzentuellen Verhältnisse nicht in Betracht.

Aber es gibt ein statistisches Werk, gegen das keine Polemik möglich ist, und das sind unsere Grundbücher. Wenn Sie sich unsere Grundbücher ansehen, dann werden Sie sehr interessante Tatsachen finden. Der Herr Abg. Sever hat gestern zusammenfassende Ziffern, die aus den Grundbuchdaten stammen, mitgeteilt. Ich habe mir die Mühe genommen, in den Wiener Grundbüchern — nur in denen, die fertig und leicht zugänglich sind — mir

ein paar Straßen daraufhin anzusehen, wem die Häuser gehören, wann die Leute in den Besitz dieser Häuser gekommen sind und wem mithin die Früchte einer Zinserhöhung eigentlich zukommen würden.

Ich habe vor mir zum Beispiel eine Zusammenstellung über die Taborstraße in Wien. Die Taborstraße liegt gewiß in einem Stadtteil, der, sagen wir, nicht immer gleich aussieht wie mancher andere Wiener Stadtteil. Aber die Häuserspekulation hat ja eine nivellierende Wirkung. Viel anders werden die Verhältnisse auch nicht sein. Ich habe mir nun errechnet, daß in dieser Straße seit dem Jahre 1918, wenn ich den Hausbesitz der Börse, den Hausbesitz der geistlichen Körperschaften, des Bundesgeschäftes und anderer öffentlicher Körperschaften abziehe, rund die Hälfte der Häuser den Eigentümer gewechselt haben, das heißt, daß von dem alten Hausbesitz sehr wenig übriggeblieben ist. Und wenn ich mir nun diese neuen Hausbesitzer ansehe, so muß ich sagen, ich wundere mich darüber, daß Sie soviel Interesse daran haben, diesen neuen Hauseigentümern eine Rente aus ihrem Hausbesitz zu verschaffen. Ist Ihnen wirklich soviel daran gelegen, daß etwa ein Herr Nissim Schauloff und Ernst und Adele Brill eine Rente aus einem Haus bekommen, das sie in der Zeit der größten Inflation zu einem Spottpreis erworben haben, daß Moses und Ernst Singer, Abraham Ungar rasch zu einer Rente kommen, daß Bagharshag Konjournidjan sehr rasch zu einer Rente kommt, trotzdem er sein Haus in der ersten Hälfte 1922 erworben hat, daß Herr Dr. Themistokles — er steht noch hier, aber er kommt auch im Grundbuch vor *(Heiterkeit)* — plötzlich aus der klassischen Geschichte in die Bezirke von Hausrenten in Wien eingereiht wird, daß Markus Lindenbaum, Moriz und Karoline Stein, Hermann Frankl, Gustav Muschweck, Wilhelm Rosenfeld, Demeter Chitaiditi, Friederike Preis, Ernst Hefsteter, Rudolf Seering, Samuel und Blime Zente Scharminz, Robert Waldbäusl, Jakob Herzog, Margarete Zechl, Gustav Prinz, Paula Wolf, Emma Eibuschitz, lauter Eigentümer aus der Zeit der stärksten Inflation — und das sind nur ein paar Namen, von denen ich meine, daß sie bei Ihnen wenigstens akustisch wirken können *(Heiterkeit)* —, daß die so rasch als möglich zum Erfolg dieser Spekulation kommen? Ich stelle Ihnen auch die Daten aus der Praterstraße, die ich hier habe, zur Verfügung. Es sind in derselben Zeit 60 Prozent der Häuser verhandelt worden, und wenn Sie sich die Eigentümer dieser Häuser ansehen, haben Sie ein Verzeichnis ganz gleicher Art.

Und nun ganz ohne jede Nebenabsicht — ich will an gar keine Institute appellieren, das werden Sie mir glauben —, aber vergessen Sie doch nicht, wie sieht denn dieser ausländische Hausbesitz in Wien aus? Engländer, Franzosen, Amerikaner haben

ja in Wien im allgemeinen keine Häuser gekauft, weil erstens ihre Beziehungen zu Wien sehr lax sind und weil das zweitens Leute sind, die doch die Neigung, jeder Inflation nachzuerennen, nicht im gleichen Maße hatten, sondern die Käufer von Häusern sind ihrer Staatszugehörigkeit nach zumeist aus den Nationalstaaten oder aus den Balkanstaaten. Haben wir nun ein Interesse daran, daß dieser in der Zeit der Inflation zustande gekommene Hausbesitz, den Sie nur durch eine rücksichtslose öffentliche Bewirtschaftung wieder beseitigen können, belohnt, daß er stabilisiert, daß er mit einem arbeitslosen Einkommen aus dem bescheidenen Ertrag der österreichischen Arbeit prämiiert wird? Und eine zweite Frage: Es ist gestern — wieder war es der Herr Doppler — mit den Tönen größter Entrüstung darüber gesprochen worden, daß die Gemeinde Wien — man denke — den Hausbesitzern die ihr ihre Häuser übertragen, die Sorge für ihre alten Tage dadurch abzunehmen bereit ist, daß sie ihnen Leibrenten gibt. Das ist natürlich etwas Entsetzliches. Ein Hausbesitzer soll der Gemeinde Wien sein Haus geben! Herr Doppler hat uns gesagt, wie das der Gemeinde Wien passen würde, da in den Besitz der Häuser zu kommen. Natürlich, daß so der Breitner die Häuser zusammenkauft, das ist ein schweres Unrecht. Das Unrecht, daß darin liegt, daß die Wohnstätten der Wiener Bevölkerung von dem Herrn Dr. Themistokles und dem Herrn Konjoundjian und der Jente Scharminh und der Rachele Russo und der Mathilde Spier und dem Jsaak Cordowa und Abraham Markowicz — ich werde nicht fertig mit dem Aufzählen — erworben werden, daß sie ihnen gehören, das alles macht Ihnen gar keine Sorgen.

Sie sehen, wie nützlich die Tätigkeit der Gemeinde Wien ist, wie nützlich es wäre, jenes bescheidene Eintrittsrecht, das die Gemeinde im Wertzuwachsabgabegesetz hat, vernünftig bundesgesetzlich auszugestalten, den Gemeinden ein Enteignungsrecht zu geben. Sie lieben das Wort „Enteignung“ nicht, und der Geschichtschreiber von gestern (*Heiterkeit*) hat uns erzählt, wie Rueger anders enteignet hat. Er hat die eigene Parteigeschichte dadurch geschändet, daß er weggeleugnet hat, daß Rueger nicht, wie er erzählt, enteignet, sondern den Engländern gesagt hat: Laßt eure Rohre ruhig in der Erde liegen, ich gebe keinen Groschen dafür und baue mir mein Gaswerk, weil er ihnen den Enteignungspreis, den sie verlangt haben, nicht bezahlen wollte. So wie der Herr Doppler das erzählt, so war der Herr Rueger doch nicht. Auch aus der Geschichte seiner eigenen Partei müßte er noch manches nachlernen. Aber wenn Sie das Wort „Enteignung“ nicht mögen, schauen Sie sich doch die Wohnverhältnisse in den Städten an! Ich kenne die augenblickliche grauenhafte Situation, in der die Grazer Stadtverwaltung

infolge der Unmöglichkeit, in Zukunft nennenswerte Mittel für den öffentlichen Wohnbau zu verwenden, sich befindet. Sie kann nicht mehr, diese Gemeinde. Es gibt natürlich für sie eine Erlösung, und das wäre erstens die Widmung öffentlicher Mittel für die Wohnbautätigkeit, zweitens das Recht, nicht der Enteignung, sondern der vernünftigen Einlösung von Umbauhäuserblocks, der Einlösung zu vernünftigen Preisen jener Häuser, die, wie ich selbst zugebe, mit unsinnig hohen Instandhaltungszinsen künstlich erhalten werden, statt daß man mit vernünftiger Anwendung öffentlicher Mittel an ihre Stelle neue gesunde Wohnhäuser setzt. Das würde natürlich voraussetzen, daß nicht Spekulant aus den Balkanstaaten den Häusermarkt beherrschen, sondern daß der Häusermarkt ein Stück öffentlicher Verwaltung wird. Und was tun Sie? Wir haben in der ganzen Debatte von Ihrer Seite nichts gehört als immer wieder die Sorge um den Hausherrn. Von der Sorge um die großen wohnungspolitischen Fragen, die vor allem die Verantwortlichkeit des Staates treffen, war kaum die Rede. Sie bemühen sich ja in diesem Gesetz, dessen Schicksal vielleicht weniger durch Ihre Äußerungen als durch Äußerungen außerhalb des Hauses — auch von bürgerlicher Seite — besiegelt wurde, nicht Wohnungspolitik zu treiben — davon ist ja gar keine Rede —, sondern Sie bemühen sich darin, jede Wohnungspolitik in Österreich unmöglich zu machen. Denn Sie haben den Mut, in ein Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, daß neben einem gesetzlich festgestellten Mietzins nicht nur eine Art Zuschlag vertragsmäßig zulässig sein soll, sondern daß außerdem noch unter gewissen formalistischen Voraussetzungen freie Mietzinsbildung gestattet sein soll, das heißt Sie tragen in jedes Haus den ununterbrochenen Krieg des Hauseigentümers gegen die Taschen des Mieters. Sie beunruhigen jeden Mieter in Österreich. Sie haben ja in dieses Gesetz eine Dynamitbombe eingeschmuggelt (*lebhafter Beifall*), die jeden Mieterschutz zerstört. Und das alles nennen Sie dann Mietengesetznovelle; da treten Redner auf und sagen: Das ist ja gar kein Abbau des Mieterschutzes, das ist ja nur eine bescheidene Zuwendung an die Hauseigentümer! Glauben Sie, daß irgendwo in der Welt heute nach den Erfahrungen, die man im Auslande gemacht hat, ein Gesetzgeber den Mut hätte, etwas Derartiges zu tun, wenn er noch ein Stückchen Verantwortlichkeitsgefühl für die Gesamtheit hat?

Und öffentliche Mittel! Hätte man aus dem Munde eines Ihrer Redner die Bereitwilligkeit gehört, dafür einzutreten, daß irgendwoher öffentliche Mittel, die bisher dem Wohnungsbau nicht gewidmet sind, in nennenswerter Weise gewidmet werden sollen, dann würde man wenigstens glauben können, Sie wollen so viel tun, als man in anderen kapitalistischen Ländern zu der Zeit getan hat, da man Mietengesetze

abgeant hat. Aber keine Rede war davon. Der Herr Abg. Buchinger war der einzige, der die Beiträge zum Wohnungsfürsorgefonds, die von den landwirtschaftlichen Arbeitern geleistet werden, zunächst für sich reklamiert hat. Das war die einzige Rundgebung zum Problem öffentlichen Wohnungsbaues. Das sind im Jahre 100.000 S. Damit will der Herr Abg. Buchinger die Wohnungsnot auf dem Lande beseitigen! Damit kann er zwölf Wohnungen, jede bestehend aus einem Zimmer und einer Küche, herstellen. Das sind die Probleme öffentlichen Wohnungsbaues, die Sie beschäftigen!

Es ist hoffnungslos, in diesem Hause — und ich lege den Nachdruck auf das Wort „diesem“ —, in diesem Hause annehmen zu wollen, daß eine Erörterung der Mietenfrage eine Lösung der wohnungspolitischen Sorgen der Republik bringen wird. Wenn wir wo immer und wie lange immer darüber reden werden, die Doppler werden die Diskussion beherrschen, das wird der Ton sein, in dem Sie die Sache behandeln werden. Und deshalb scheint uns die erste Lesung — sie sollte die Gelegenheit sein, das mit der nötigen Begründung der Öffentlichkeit zu sagen —, deshalb scheint uns die Mission dieses Hauses in der Behandlung der Mietenfrage eigentlich zu Ende zu sein. Sie selbst haben ja diesem Hause — davon ist schon gestern die Rede gewesen — eine sehr beschränkte Funktion in bezug auf das Mietenproblem dadurch gegeben, daß Sie selbst der Wählerschaft gegenüber sich auf den Standpunkt gestellt haben: das Haus, das am 24. April 1927 gewählt wird, hat die Sicherung des Mieterschutzes zu übernehmen. Dadurch haben Sie die moralische Berechtigung dieses Hauses, darüber hinauszugehen, beseitigt, und wir sind, wenn Sie in einer anderen Form als in der Lösung der wohnungspolitischen Frage Mietenfragen behandeln wollen, mit der Legitimation dieses Hauses am Ende. Es kann in Österreich das Mietenproblem von diesem Hause nicht gelöst werden, wenn die Mehrheit die Auffassungen hegt, die sie in dieser ersten Lesung kundgegeben hat. Das kann nicht geschehen, weil das die Bevölkerung nicht ertrüge, das kann nicht geschehen, weil es ein Wortbruch der Wählerschaft gegenüber wäre. Aus dieser Situation hat der sozialdemokratische Parteitag die Konsequenz gezogen, die nach meiner Meinung jeder, der ernstlich davon überzeugt ist, daß Österreich Wohnungspolitik betreiben muß, daraus zu ziehen gezwungen ist. Wenn das Wohnungsproblem anders, als es den Wählern vor der Aprilwahl des vorigen Jahres versprochen wurde, gelöst werden soll, dann sollen vorher die Wähler ihre Meinung abgeben! *(Lebhafter Beifall.)*

Hohes Haus! Wir Sozialdemokraten glauben nicht an die Eignung dieses Hauses zur Lösung der österreichischen Wohnfrage, insfolgedessen appel-

lieren wir an die österreichische Bevölkerung, appellieren wir an ein neues, an ein besseres Haus. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)* — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.)

Bölzer: Hohes Haus! Ich möchte versuchen darzulegen, ob sich denn die Wiener nach den Wohnungsverhältnissen in der Vorkriegszeit zurücksehnen. Wie war denn die vielgepriesene Vorkriegszeit? Erinnern wir uns doch daran, daß damals Tugende und Tugende von Familien den Kindersegen deshalb verflucht haben, weil sie bei der Wohnungssuche oft von Haus zu Haus wandern und sehr häufig von der Hausbesorgerin hören mußten: Unser Hausherr nimmt niemanden mit Kindern! Solche Fälle ereigneten sich zu hunderten in jedem Bezirke. Kinderreiche Familien, Familien mit fünf bis sechs Kindern konnten keine Wohnung bekommen und mußten oft am Ziegelwerk schlafen. Nach dieser Zeit sehnen sich die Wiener wahrhaftig nicht mehr zurück! Wir, die wir in den Arbeiterbezirken wohnen, können von der Zeit, die Sie so preisen, ein Liedlein singen. Wie waren denn die Wohnungsverhältnisse damals? Heute findet man in den einzelnen Familien sehr wenig Bettgeher, damals war es gang und gäbe, daß in einer Wohnung, bestehend aus Zimmer und Küche, nicht nur die betreffende Familie mit drei und vier Kindern wohnte, damals war es bei uns in den Vorortbezirken, in Ottakring und in Floridsdorf, üblich, daß in der Küche noch ein bis zwei Bettgeher wohnten, Männer und oft auch Männer und Frauen. Das war ja in Wien sprichwörtlich. Wenn wir die Schriften von Professor Philippovich nachlesen, erfahren wir, wie er sich im Jahre 1910 über die Wiener Wohnungsverhältnisse äußerte. Die Wiener haben also gar keine Ursache, sich nach solchen Zeiten zurückzusehen.

Ich will Ihnen durch ein paar Ziffern beweisen, wie die Wohnungsverhältnisse in bezug auf die Bettgeher in Wien waren, und zwar will ich nur einige äußere Bezirke anführen. In Favoriten waren 26.336 Wohnungen, davon waren 12.202 Bettgeher, es waren also nahezu in der Hälfte der Wohnungen Bettgeher. Im 11. Bezirk waren rund 7000 Wohnungen mit 3000 Bettgehern, im 12. Bezirk 14.908 Wohnungen mit 6618 Bettgehern, im 14. Bezirk 15.809 Wohnungen mit 8803 Bettgehern, im 16. Bezirk 30.693 Wohnungen mit 15.439 Bettgehern, im 17. Bezirk 18.390 Wohnungen mit 8741 Bettgehern und im 20. Bezirk, wo es am krassesten war, 12.827 Wohnungen mit 12.100 Bettgehern. So hat das Wohnungsverhältnis in Wien ausgesehen. Und wie die Wiener Häuser ausgesehen haben, die in der Vorkriegszeit unter Ihrer Ära, unter der Ära Queger, erbaut wurden, können Sie sich in ganzen Straßenzügen unserer Bezirke ansehen.

Wenn Sie zum Beispiel in meinem Bezirk sich die neueren Häuser ansehen, die seit 25 Jahren stehen, in der Absberggasse, in der Randhartingergasse oder in der Hofherrgasse, so werden Sie sehen, daß dort nur Zimmer und Küchen sind und von Höfen gar keine Rede ist im Gegensatz zu den heutigen Häusern, die die Gemeinde Wien baut. Das waren damals gar keine Höfe, sondern nur Schläuche. Sehen Sie sich dagegen unsere heutigen Wohnküchen und lichten Küchen an. Auch wer heute nur Zimmer und Küche besitzt, ist in der Lage, ein nettes Zimmer zu haben und auch die Küche zu bewohnen. In unseren Bezirken waren früher durchwegs Gangfensterküchen, in denen sich niemand aufhalten konnte, wo kaum Raum zum Kochen war und ein Bett nur notdürftig stehen konnte. Trotzdem mußten selbst in diesen kleinen Küchen Bettgeher schlafen. Ich glaube also, daß die Wiener sich wahrlich nicht nach der Zeit vor dem Kriege zurücksehnen können.

Der Herr Kollege Doppler hat uns erzählt, daß es einen Menschen gibt — er kennt nur einen —, der seit dem Jahre 1923 die Qualifikation I hat und noch immer keine Wohnung besitzt. In anderen Städten gibt es aber auch Wohnungsvormerkungen, auch in Städten, die von Bürgerlichen verwaltet werden. Die Stadt Berlin hat jetzt 240.000 Vormerkungen von Wohnungsbedürftigen ausgewiesen; im Jahre 1924 waren es schon 225.000. Wenn also der Herr Abg. Doppler einen Fall anführt, der trotz der Qualifikation I keine Wohnung hat, so könnte ich ihm für die Vorkriegszeit hunderte Fälle sagen, wo die Leute keine Wohnung gehabt haben. Ich habe im Jahre 1903 mit meinem Freunde Bundesrat Winter eine Streifung auf den Ziegelofen Laaerberg unternommen, und dort haben wir in einer Nacht 150 Obdachlose getroffen, Männer, Frauen und Kinder. Gehen Sie heute hinaus zum Ziegelofen und suchen Sie die 150 Obdachlosen: nicht einmal fünf werden Sie finden. Das ist der Unterschied zwischen den früheren und den jetzigen Wohnungsverhältnissen. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß die Menschen jetzt gegen früher wie im Paradies wohnen, und wenn Sie immer von Hinzshütten reden, so möchten nicht nur unsere Parteigenossen, sondern sogar Ihre Leute gerne in diesen Hinzshütten wohnen, die von Ihnen so verlästert werden.

Daß wir an den Mieterschutz festhalten, werden Sie verstehen. Schauen Sie, im Wienerberger Ziegelwerk haufen auch christlichsoziale Direktoren, und ich muß hier das ergänzen, was mein Freund Eisler von der Alpinen Montangesellschaft gesagt hat. Die Wienerberger Ziegelwerke legen sich ein eigenes System zurecht. Sie haben dort lauter Werkswohnungen und kündigen die alten Arbeiter, die damit nicht nur die Arbeit, sondern auch die Wohnung verlieren. In den letzten Jahren sind 15 Fälle, wo Leute, die dort jahrelang beschäftigt

waren, gekündigt und delogiert wurden. Sie haben nun keine Wohnung, und die Gemeinde Wien muß nun für diese ausgebeuteten Sklaven sorgen. Obwohl sich die Gemeinde Wien bereit erklärt hat, die Wohnungen herzurichten und die Adaptierungskosten zu bezahlen, stehen die Wohnungen am Wienerberg leer, und 15 Obdachlose laufen nun herum und trachten, von der verlästerten Gemeinde Wien eine Wohnung zu bekommen. Eine Wohnpartei wurde vorige Woche delogiert; sie war bei mir, ich kann den Namen sagen, eine Familie mit fünf Kindern, der Mann wurde aufs Pflaster geworfen. Jetzt soll die Gemeinde Wien innerhalb 24 Stunden dafür sorgen, daß die Frau, deren Mann bei den Wienerberger Ziegelwerken beschäftigt war, eine Wohnung bekommt. Ist das christlich von den Herren, die Leute auf die Straße zu werfen und die Wohnungen leer zu lassen, obwohl die Gemeinde Wien sich bereit erklärt hat, die Kosten für die Reparaturen zu bezahlen?

Meine Herren! Wir, die wir in den Bezirken tätig sind, können folgendes feststellen: Es werden natürlich jetzt Wohnungen frei. Durch Übersiedlungen, Sterbefälle usw. in dem letzten Jahr ungefähr 4000 in ganz Wien. Ich kann von meinem Bezirk genau sagen, daß 464 Wohnungen bei uns frei geworden sind. Glauben Sie, daß von diesen 464 Wohnungen nur eine ein Sozialdemokrat bekommt? Nein, die werden zum größten Teil, wenn ich auch zugebe, daß ab und zu auch von einer Wohnpartei eine Wohnung verkauft wird, aber doch zu 90 Prozent vom Hausbesitzer verkauft, und ich kann Fälle vorführen, wo Zimmer und Küche, ganz elende Räume, um 10 und 12 Millionen verkauft wurden. Das sind zum größten Teil christlichsoziale Hausbesitzer. Wie würde es erst aussehen, wenn die Gemeinde Wien diese 30.000 Wohnungen nicht gebaut hätte, was würde dann erst für ein Wohnungsschacher getrieben werden? Dann würden bei diesen 464 Wohnungen nicht 10 Millionen für Zimmer und Küche verlangt werden, sondern es würde ein Preis verlangt werden, daß kein Arbeiter und überhaupt kein Mensch mehr das bezahlen kann! Wenn Sie an den Abbau des Mieterschutzes denken, dann müssen Sie auch daran denken, dem zu steuern, daß Ihre Klassengenossen die Wohnungen zu Wucherpreisen verkaufen!

Wir haben es schon oft gesagt, und es ist keine Neugierde von mir, was ich Ihnen jetzt vorrechnen werde, was so eine Wohnung kosten würde. Wir haben seit dem Jahre 1920 bekanntlich den Wohn- und Siedlungsfonds; der hat blutwenig gemacht, eigentlich gar nichts. Im Jahre 1924 haben die Eisenbahner das Glück gehabt, für einen Bau am Margaretengürtel 90 Prozent der Baukosten vom Wohn- und Siedlungsfonds zu bekommen. Sie haben 35 Wohnungen hingebaut. Die „Neue Freie Presse“ hat geschrieben: Ja, das ist etwas ganz anderes

als die Bauten der Gemeinde Wien! Wir haben uns den Bau angesehen, die Skizzen angesehen, und wir können feststellen, daß die Gemeinde eine ganze Anzahl solcher Bauten aufgeführt hat, allerdings nicht mit so großen Wohnungen. Es sind dort Wohnungen von einem bis vier Zimmern. Das kann die Gemeinde nicht bauen. Aber der ganze Grundriß ist so wie bei den Bauten der Gemeinde Wien. Also wohlgemerkt: der Wohn- und Siedlungsfonds hat 90 Prozent zu den Baukosten beigetragen. Und was kostet dort eine Wohnung? Das ist interessant! Eine Zweizimmerwohnung kostet dort 105 S im Monat (*Hört!-Hört!-Rufe*), obwohl 90 Prozent vom Wohn- und Siedlungsfonds beigetragen wurden und jede Partei einen einmaligen Beitrag von 31 Millionen Kronen zu leisten hatte. Also bitte, da soll mir ein Mensch sagen, daß ein Privater bauen soll, wenn die Eisenbahner am Mar-gareten Gürtel mit 90 Prozent Zuschuß für eine Wohnung 105 S Monatszins und 31 Millionen als Baukostenbeitrag verlangen müssen. Da ist es ganz undenkbar, daß jemand bauen könnte.

Wenn sie immer davon sprechen, in anderen Staaten sei auch der Mieterschutz gelockert, dann gebe ich Ihnen zur Antwort: In anderen Staaten wurde auch von Staats wegen viel mehr gemacht als von Ihnen. Von Ihnen wurde nämlich nichts gemacht. Meine Parteifreunde haben schon ausgeführt, was im Deutschen Reich und in der Tschechoslowakei von der Regierung gemacht wurde. Natürlich wird dort sehr viel für die öffentlichen Beamten gebaut. Dort geht man nicht so vor wie bei uns, daß man nur einen Bau unterstützt; dort wird wirklich praktisch etwas geschaffen. Daher werden Sie es keinem Wiener und keinem Österreicher plausibel machen können: Hebt den Mieterschutz auf, es wird schon gebaut werden! Solange Sie nicht einen Ersatz für den jetzigen Mieterschutz schaffen, solange Sie nicht für das Ersatz schaffen, was die Gemeinde Wien jetzt baut, solange kann man darüber nicht reden.

Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß Ihre Parteigenossen für die Aufhebung des Mieterschutzes sind. Wir werden es ja wahrscheinlich erleben, die Abstimmung wird es ja zeigen. Aber heute sage ich Ihnen schon: wenn wir eine Volksabstimmung veranstalten könnten, eine Volksabstimmung unter Ihren Parteigenossen, dann bin ich davon überzeugt, daß von den Mietern unter Ihren Parteigenossen wahrscheinlich 70 bis 80 Prozent nicht für die Aufhebung des Mieterschutzes zu haben wären. Das ist ganz selbstverständlich, denn wie sollen diese Tausende von Geschäftsleuten, die heute schon unter den Regien ächzen, die sie haben, den valorisierten Mietzins aufbringen? Und den Schwindel mit dem 3000fachen Zins glaubt Ihnen ja niemand. Der Stein kommt ins Rollen, und über kurz oder lang

ist der valorisierte Mietzins da. Und wenn wir Industrielle hätten, die sich nicht auf uns verlassen und nicht sagen würden: Die Sozialdemokraten werden es im Parlament schon machen, daß der Mieterschutz nicht aufgehoben wird, dann könnten Sie unmöglich dieses frivole Spiel treiben. Ich bin fest überzeugt: wenn man es heute riskieren könnte, den Mieterschutz innerhalb kurzer Zeit, innerhalb von zwei oder drei Jahren, aufzuheben, dann wäre es ganz ausgeschlossen, auch nur ein paar Schuhe oder eine Maschine zu exportieren. Speziell in der Schuhbranche werden ja unsere Produzenten, Fabrikanten und Meister heute schon von der tschechischen Schuhindustrie, von Bata, sehr bedrängt, und so ist es in allen Industriezweigen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß auch nur ein Kleingewerbetreibender, auch nur einer, für die Aufhebung des Mieterschutzes ist, denn die Leute können nicht einsehen, daß wegen einiger tausend Hausherren hundertmal so viele Gewerbetreibende leiden sollen. Sie werden bei Ihren eigenen Leuten kein Glück haben, wenn Sie wegen der Aufhebung des Mieterschutzes zu ihnen kommen. Wir können die Stunde der Entscheidung ruhig abwarten, sie kann nur zu unseren Gunsten ausfallen, die wir eben für den Mieterschutz eintreten.

Eines hat mich gewundert, und zwar bei den Herren Agrariern. Von ihnen werden die Untermieter immer so bedauert. Die Untermieter sind wirklich arme Teufel, und wenn wir etwas dazu beitragen können, dann wollen wir es gern tun, damit diesem Bucher ein Ende gemacht wird. Das liegt aber an Ihnen, nicht an uns, Sie sind die Mehrheit, und Sie lehnen unsere wohlgemeinten Anträge ab, die Untermieter müssen sich also an Sie halten. Von den Herren Agrariern aber wundere ich mich, daß gerade sie die Untermieter so bedauern. Meine Herren Agrarier, denken Sie an Ihre Zinwohner, und beseitigen Sie zuerst den Bucher mit den Zinwohnern, dann haben Sie ein Recht, über das Elend der Untermieter zu klagen! Solange die Zinwohner für eine elende Wohnung und einen Ziegenstall einen Mietzins in der Form von 50 und 70 Arbeitstagen im Jahre bezahlen, die schönsten Arbeitstage in der Erntezeit, was einem Mietzins für ein Stockwerk auf der Mariasilfer Straße gleichkommt, solange Sie dieses Elend nicht beseitigen — und es sind jetzt acht Jahre, daß ich und meine Freunde jedes Jahr an dieser Stelle über das Zinwohnerelend und über die furchtbare Auswucherung der ländlichen Arbeiter sprechen —, solange haben Sie kein Recht, über die Untermieter zu reden, wobei ich ausdrücklich feststelle, daß wir selbstverständlich sehr gern bereit sind, darüber zu reden und es für eine ungeheure Ungerechtigkeit halten, daß die Untermieter soviel bezahlen müssen.

Nun nur noch einige Sätze zu der gestrigen Rede des Herrn Kollegen Doppler. Er, der selbst in den

Mietkommissionen war, weiß ganz genau, daß nach den Kommissionen Senate gekommen sind mit dem sogenannten Punktesystem. Ich möchte nur ergänzen, was mein Kollege Eisler angeführt hat. Das Punktesystem war so konstruiert, daß weder das Senatsmitglied wußte, wer ihm zur Qualifikation zugewiesen wurde, noch der Mieter darüber etwas wußte. Eine Protektion, wie Herr Doppler gemeint hat, war also direkt ausgeschlossen. Sie winken ab, Herr Kollege Doppler, sagen Sie konkrete Fälle. Ich erkläre: bei dem Punktesystem war es technisch unmöglich, irgendeine Protektion zu üben. Das müssen Sie, Herr Kollege Doppler, ganz gut wissen. Sie sagen es nur gegen Ihr besseres Wissen, und darin liegt Ihre Unkorrektheit, um nicht mehr zu sagen. Eigentlich war es mehr als Unkorrektheit, was Sie behauptet haben, eigentlich waren es Dinge, die Sie, der Sie im Wiener Gemeinderat gefessen sind, Gelegenheit hatten, duzendmal im Gemeinderat zu sagen, statt sie hier aufzutischen, wo der maßgebende Mann, der Stadtrat Weber, nicht anwesend ist. Sehr fair, muß ich sagen, ist das wahrlich nicht.

Nachdem das Anforderungsgesetz gefallen war, mußte man natürlich eine Menge Menschen an den offenen Wohnungsmarkt weisen. Man mußte da selbstverständlich die dringendsten Fälle herausuchen. Das geschieht ja auch heute. Aber es geschieht ganz offen. Sie werden niemanden finden, der sich um eine Wohnung bewirbt, der nicht von Stadtrat Weber oder seinem Amt eine Verständigung bekommt, wo es je nach der Bedürftigkeit heißt: Sie sind vorgemerkt und bekommen in der nächsten Zeit nach Fertigstellung von Bauten eine Wohnung oder: Sie sind nicht vorgemerkt, weil es auch Fälle gibt, wo momentan eine Zuweisung nicht möglich ist. Ich bin überzeugt, daß der Stadtrat Weber und sein Amt jedem eine Wohnung geben möchten. Wie aber die Dinge liegen, wissen Sie ja selbst. Das Wohnungswesen ist keine Wiener Erfindung, sondern eine internationale Erscheinung. Es ist woanders krasser als hier in Wien. Wir bemühen uns aber wenigstens, Abhilfe zu schaffen, was die bürgerlichen Verwaltungen der Städte eben nicht machen.

Daher kann ich sagen — und damit schließe ich —, daß die Wiener speziell sich nach den Wohnungsverhältnissen der Vorkriegszeit nicht zurückrechnen und daß wir trachten werden, das Wohnungswesen so gut auszubauen, daß jeder Wiener seine Wohnung hat. Dann können Sie verleumden, soviel Sie wollen. Die Wiener werden wissen, wo ihre Stellung ist und wen sie zu unterstützen haben: unsere Partei oder Sie, die Sie viel reden, verleumden, aber in Wirklichkeit nichts machen. (Leb-

hafter Beifall. — Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)

Dr. Waber: Hohes Haus! Ich habe mich nur zu einer Berichtigung gemeldet. Der Herr Abg. Dr. Eisler hat in seinen Ausführungen gemeint, daß ich mich um meinen Antrag, betr. die Novellierung des Leibrerntergesetzes, nicht kümmere. Ich kann demgegenüber feststellen, daß das nicht der Fall ist. Dieser Antrag ist dem Ausschuß für soziale Verwaltung zugewiesen, und es hat Abg. Dr. Wagner die Berichterstattung übernommen. Ich kann feststellen, daß auf Grund einer Übereinstimmung der Parteien über diesen Antrag und die Verhandlungen mit der Regierung dieser Antrag in der nächsten Zeit im Ausschuß für soziale Verwaltung zur Beratung kommen wird. Das nur zur Feststellung einer Tatsache.

Damit ist die erste Lesung der Regierungsvorlage B. 192 beendet.

Über Antrag Fink wird beschlossen, einen 26gliedrigen Wohnungsausschuß, dem die Regierungsvorlage B. 192 zuzuweisen wäre, zu wählen.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

An Stelle Dr. Aigner als Mitglied und Dr. Rneußl und Dr. Waiß als Ersatzmänner des Unvereinbarkeitsausschusses werden Dr. Hofer, beziehungsweise Haueis und Mayrhofer gewählt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 18. Oktober, 3 Uhr nachm. Tagesordnung:

1. Wahl des 26gliedrigen „Wohnungsausschusses“.
2. Erste Lesung der Regierungsvorlage (B. 214), betr. das Polizeiaufsicht-Grundsatzgesetz.
3. Erste Lesung der Regierungsvorlage (B. 213), betr. das Schubgrundsatzgesetz.
4. a) Bericht des Ausschusses für Handel über die Regierungsvorlage (B. 198), betr. den Handelsvertrag zwischen Österreich und Island (B. 211);
b) Bericht des Ausschusses für Handel über die Regierungsvorlage (B. 199), betr. den Handelsvertrag zwischen Österreich und Dänemark (B. 212).
5. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag des Abg. Dr. Jerzabek u. Gen. (122/A) auf ein Bundesgesetz über den Verkehr und die Gebahrung mit Gift (Giftgesetz) sowie über den Antrag des Abg. Dr. Ellenbogen, Probst u. Gen. (109/A) auf ein Bundesgesetz, betr. die Regelung des Verkaufes von Abklangen (B. 216).

Ergänzung vorbehalten.

Schluß der Sitzung: 2 Uhr 50 Min. nachm.